

Leipziger Tageblatt

Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland für Monat April 3 Goldplg.; Ausland 6 Goldplg. ein- und zweimonatlich. Einzelnummern 10 Goldplg. (1000 M.).

Anzeigenpreis: für die gewöhnliche (Ein- u. Zwei-) Zeile: 12 Goldplg. pro Zeile. Die 12 Goldplg. sind für die ersten 1000 Zeichen zu verstehen. Mehrere Zeilen werden als Ganzes berechnet. Die Anzeigen sind bis zum 1. April d. J. zu bringen.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichspräsidenten und des Reichsministers des Innern.

Nr. 94

Verantwortlich für den Text: Oberbaurat Dr. Goldstein, Leipzig.
Verantwortlich für die Anzeigen: Oberbaurat Dr. Goldstein, Leipzig.
Druck-Verlag Leipzig-Verlagsdruckerei G. m. b. H. vorm. Hildebrandt & Richter.

Freitag, den 18. April 1924

Verleger: Dr. Goldstein, Leipzig.
Redaktion: Dr. Goldstein, Leipzig.
Druck-Verlag Leipzig-Verlagsdruckerei G. m. b. H. vorm. Hildebrandt & Richter.

118. Jahrg.

Deutsche Geldpolitik

17. April.

12. Mitte Dezember dekretierte die Reichsbank: eine Billion Papiermark ist gleich einer Goldmark. Das war damals leicht gesagt; schwierig war es nur, den Kurs, der so für ausländische Währungen in Anlehnung an den Dollarkurs vorgeschrieben wurde, auch durchzuhalten. Und in der Tat zeigten die Devisenkurse immer wieder Ansätze, ihren Stand zu erhöhen. Aber immer wieder gelang es dem Leiter unseres Geldwesens, sie in die für sie ein für allemal festgesetzten Schranken zurückzubringen. Ganz so leicht ist dies nicht. Denn jede Neigung der Devisenkurse, anzusteigen, ruft die Spekulation auf den Plan, die die Zeiten noch nicht vergessen hat, da man arbeitslos Vermögen anhäufen konnte, und die noch immer nicht daran glauben will, daß es seit Sachsis Ernennung zum Währungsminister eine deutsche Geldpolitik gibt.

Die heutige deutsche Geldpolitik unterscheidet sich von der der Friedenszeit hauptsächlich dadurch, daß die Möglichkeit, durch Goldverschiffungen auf den Stand der Devisenkurse regulierend einzuwirken, vollständig weggefallen ist. Der Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz kann nicht mehr dadurch ausgeglichen werden, daß wir — wie in allen volkswirtschaftlichen Lehrbüchern zu lesen steht — Gold ins Ausland schicken. Denn das wenige Gold, das wir noch haben, müssen wir für uns behalten. So bleibt uns keine andere Möglichkeit, als durch innerdeutsche Maßnahmen darauf einzuwirken, daß sich Einfuhr und Ausfuhr die Waage halten. Der Durchbruch einer so gearteten Geldpolitik kam wesentlich zu spät, daß der überaus schnelle Verfall der Papiermark und ihre rasende Umlaufgeschwindigkeit in der letzten Inflationszeit den Goldwert des umlaufenden Geldes auf ein Minimum reduziert hatte. Seit der Stabilisierung der Mark leiden wir ununterbrochen an Geldmangel. Die erste Maßnahme der neuen Geldpolitik mußte also sein, Geld abzubauen so knapp zu halten, daß eine allzu schnelle neue Geldschöpfung nicht nach einer Erhöhung der Devisenkurse dränge. Doch eine solche Gefahr bestand, zeigt die etwas reichliche Kreditgewährung der Reichsbank in den Märztagen. Kaum, daß sich eine Erleichterung auf dem Geldmarkt fühlbar machte, zogen die Devisenkurse leicht an. Die Gegenmaßnahmen der Reichsbank bestanden folgerichtig darin, keine neuen Gelder mehr auszugeben.

Ein zweiter Grund für das Ansteigen der Devisenkurse in der letzten Zeit lag unstreitig in der starken Zunahme der deutschen Auslandsreisen, die mit einer verhältnismäßig gleichbedeutend sind, die Passivität der Zahlungsbilanz also fördern. So schwer es den verantwortlichen Stellen auch fallen mußte, einem Volke, dessen Drang, durch Reisen seinen geistigen Horizont zu erweitern, bekannt ist, Auslandsreisen zu verbieten; der Schutz der Währung verlangte ein solches Verbot, und es wurde erlassen.

Als eine Einwirkung auf den inneren Markt sind auch die Bemühungen anzusehen, durch die Erleichterung der Golddiskontbank Auslandskredite für die deutsche Wirtschaft zu vermitteln. Zu dem Betrage, der in Form einer Beteiligung an der Golddiskontbank der deutschen Wirtschaft langfristig zur Verfügung gestellt wird, treten die Akzeptkredite, die kurzfristiges Auslandsgeld vermitteln. Beide Arten von Krediten erleichtern die deutsche Zahlungsbilanz, und aus diesem Grunde hat die Geschäftseröffnung der Golddiskontbank brüderlich auf die Gestaltung der Devisenkurse einwirken müssen. Die Bedingungen, unter denen die neue Bank ihren Kredit der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stellt, zeigen das Verantwortungsbewußtsein Dr. Sachsis für die deutsche Währung überdies im besten Lichte. Und auch dies konnte nicht ganz ohne beruhigenden Einfluß auf die Gestaltung der Devisenkurse bleiben.

Zu diesen Momenten kommt ein viertes, das im allgemeinen als ein „politisches“ bezeichnet wird, trotzdem es, streng genommen, ebenfalls ein wirtschaftliches ist. Das Sachverständigengutachten ist besser ausgefallen, als die französischen Vorseherberichte vorher glauben machen wollten. Und die Autorität der Sachverständigen, ist so groß, daß zunächst niemand, der an verantwortlicher Stelle steht, gegen ihre Meinung anzukämpfen mag. Auch das wirkt beruhigend auf die Gemüter. Und wenn auch niemand glaubt, daß eine endgültige Regelung des Reparationsproblems jetzt möglich sei, so ist für den Augenblick doch eine Erleichterung eingetreten und die Ausichten für eine, wenn auch vielleicht noch recht ferne Zukunft, haben sich unstreitig etwas gebessert.

So sind die Devisenkurse auf den Punkt zurückgeführt, der ihnen seinerzeit von der Reichsbank vorgeschrieben wurde. Wie schnell übrigens

Im Reiche des neuen Kalifen Seite 3

Reichskanzler Marx über die Frage der Reparationen und der Sicherheit

Paris, 17. April. (Sig. Tel.) Der „Matin“ veröffentlicht eine Unterhaltung seines Berliner Vertreters mit dem Reichskanzler Marx über den Sachverständigenbericht. Reichskanzler Marx erklärte dem Berichterstatter:

„Unsere Antwort an die Reparationskommission bedeutet, daß wir den Prinzipien beitreten, die den Bericht des Sachverständigen befreit haben. Dieser Bericht beruht auf einer tiefgründigen Studie. Wir betrachten ihn als Grundlage zu Aussprachen. Es ist selbstverständlich, daß eine gewisse Anzahl von Punkten aufgeführt werden muß. Bei näherer Prüfung glauben wir gewisse Dunkelheiten, ja selbst Widersprüche feststellen zu können. Wir glauben, daß wir im Bedarfsfälle Vertreter nach Paris zu senden haben werden, um gemeinsam mit der Reparationskommission die Durchführung der vorgeschlagenen Pläne im einzelnen zu bestimmen.“

Der Berichterstatter fragte dann weiter: „Macht die deutsche Regierung sich die von einem großen Teil der deutschen öffentlichen Meinung dargelegte Kritik zu eigen, insbesondere bezüglich des Betrages der zu zahlenden Jahresleistungen und der Unsicherheit über die Gesamthöhe der Reparationen?“ Der Reichskanzler antwortete: „Die Einwendungen, von denen Sie sprechen, erscheinen mir nicht unwahrscheinlich. Wenn die festgesetzten Jahresleistungen allzu hoch sind, dann wird man das schon bald merken.“

Die Grenze der Zahlungen, die wir zu leisten haben, wird nicht allein aus unserer Zahlungsfähigkeit hervorgehen, sondern aus der Zahlung unserer Gläubiger gegenüber der deutschen Konkurrenz.“

Wenn man angibt, daß wir von 1928 an 2½ Milliarden Goldmark zahlen können, wie von den Sachverständigen vorgeschrieben ist, dann können diese Zahlungen nur durchgeführt werden zu Lasten des Lebensstandes unserer Produktion. Dieser Gesichtspunkt ist jedoch eine derartige Erwägung unserer Ausfuhr voraus, daß die neutralen Mächte hierdurch beeinträchtigt werden können. Wer weiß, ob gewisse neutrale oder alliierte Länder diese Perspektive nicht für ihre eigene Industrie bedrohlich finden werden?“

Aus dem gleichen Grunde ist auch die sofortige Festsetzung der Gesamthöhe unserer Schuld nicht unbedingt notwendig. Ich weiß nicht, ob die Reparationskommission die Möglichkeit hat, ihre Höhe endgültig festzusetzen. Bereits jetzt könnte man sie annähernd abschätzen, indem man sie z. B. auf die für die Amortisation der deutschen Eisenbahnobligationen vorgeschene Frist bezieht. Aber ich neige der Meinung zu, daß die Lösung dieser Frage der Zukunft anheftet. Die Erfahrung wird darüber zu entscheiden haben, in welchem Maße die Schlußfolgerungen der Sachverständigen ergänzt oder verändert werden müssen.“

Der Korrespondent fragte dann: „Wird die deutsche Regierung die Sachverständigenberichte in ihrer Gesamtheit annehmen, wenn sie dazu aufgefordert wird?“

Reichskanzler Marx antwortete: „Die Sachverständigen haben erklärt, daß ihre Berichte eine unantastbare Einheit bilden und daß man sie entweder ganz annehmen oder sie ablehnen muß. Da sie eine praktische Lösung der Reparationsfrage bringen wollen, müssen wir annehmen, daß ihre Formeln ein Dogma darstellen, und daß sie sich nach und nach den Notwendigkeiten der Praxis anpassen werden. Aber wir

Deutschland Ordnung gemacht hat, zeigt die Meldung, daß der Beamtenabbau beendet ist. Zu wünschen wäre für den Augenblick nur noch, daß die Reichsbank den Wert des deutschen Geldes auch in ihren neuen Noten äußerlich sichtbar zum Ausdruck bringen würde. Die neuen Reichsbanknoten lauten immer noch auf Billionen Mark. Eine Billion ist eine Größe, für die uns heute jedes Verständnis mangelt. Niemand spricht mehr von Billionen, niemand spricht von Goldmark, niemand von Rentenmark; ein jeder kennt nur die Mark. Wäre es da nicht besser, auf die neuen Noten zu schreiben: zehn Mark, statt zehn Billionen Mark? Wir haben genug von den Billionen, die uns an eine ungemessen schwere Zeit erinnern. Daß wir sie glücklich überwinden haben und gegen ihre Wiederkunft uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen wollen, sollte auch auf den neuen Noten der Reichsbank zum Ausdruck kommen.“

müssen jedenfalls die Ausführung der Bedingungen, die in dem Bericht festgelegt sind, als Voraussetzung ansehen.“

Deutschland muß seine wirtschaftliche, finanzielle und politische Souveränität über die besetzten Gebiete wieder erhalten und muß wieder in den Besitz seiner Verwaltung und Eisenbahnen kommen. Wir hoffen, daß die Vergabung der politischen Verantwortlichkeiten und die Rückkehr der Ausgewiesenen automatisch aus dem neuen Stand der Dinge hervorgehen wird. Das ist für uns eine moralische Notwendigkeit.“

Es ist nicht möglich, daß eine Regierung, gleichgültig, wie sie heißen mag, von dem deutschen Volke die Lasten, die man ihm auferlegt, gutheißen läßt, wenn man ihm nichts dafür bietet. Es ist notwendig, daß das Volk sich Rechenschaft darüber ablegt, daß seine Opfer einen Zweck haben, nämlich Arbeit und Ruhe zu betreiben, und daß diese Befreiung kein leeres Wort ist.“

„Hat man nicht bis in gewisse offizielle Kreise hinein die Aufgabe der militärischen Okkupation verlangt?“

Reichskanzler Marx: „Bevor man auf diesen Einwand antwortet, muß man sich über die Gründe Poleneards für die Befreiung der Ruhr klar werden. Die Befreiung bezweckt die Erlangung eines besonderen Pfandes. Der Sachverständigenbericht aber den Austausch des Ruhrpfandes als Sicherheit allgemeiner Natur voraus. Wir meinen, daß noch ein solcher Austausch die Ruhrbefreiung keine Daseinsberechtigung mehr hätte.“

„Glauben Sie, Herr Reichskanzler, daß die vornehmlich politischen Probleme, die die Sachverständigen nicht behandeln konnten, in die kommenden Verhandlungen einbezogen werden sollten?“

Reichskanzler Marx: „Das scheint mir unvernünftig. Im Augenblick kann die deutsche Regierung aber keine Stellung zu dieser Debatte nehmen.“

„Soll die deutsche Regierung keine Lösung der Sicherungsfrage ins Auge, wenn ihr gewisse englische Anregungen für die Neutralisierung des Rheinlandes annehmbar erscheinen?“

Dr. Marx: „Die bis jetzt veröffentlichten Neutralisierungspläne beugen ersten Einwendungen. Die Entmilitarisierung ist ja durch den Versailler Vertrag vorgehrieben.“

Die Sicherungsfrage wird an dem Tage erledigt sein, an dem das Reparationsproblem endgültig gelöst ist.“

Dies kann nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens geschehen und dieses Vertrauen darf sich nicht nur darauf beschränken, langjährige Mißverständnisse aufzuklären. Ich hoffe, daß das Vertrauen zu einem lebendigen Gefühl wird, das geeignet ist, die Beziehungen unserer beiden Länder zu festigen.“

Günstiger Eindruck der deutschen Antwort

Macdonald über Deutschland und Rußland

Frankfurt a. M., 17. April. (Sig. Tel.) Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Reparationskommission vom 11. April hat in Kreisen der Reparationskommission einen ausgezeichneten Eindruck gemacht, weil sie ein prinzipielles Verständnis zu der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Lösung darstellt, ohne sich vorzeitig auf Einzelheiten festzulassen. Sie enthält andererseits keine einschränkende Vorbehalte, wie sie als sicher von der französischen Presse angenommen worden waren. Die Kommission wird voraussichtlich bereits heute zu einer Sitzung zusammenkommen, um weitere Beschlüsse zu fassen. Im politischen Kreise hat die deutsche Note an die Reparationskommission, in der sie sich bereit erklärt, den Sachverständigenbericht als Verhandlungsgrundlage anzunehmen, sehr guten Eindruck gemacht. Man billigt es allgemein, daß sich die Reichsregierung auf diese kurze schriftliche Erklärung beschränkt und auf lange mündliche Erklärungen verzichtet.“

Diese hoffnungsvollere Stimmung wird nur durch die Schwierigkeiten gestört, die sich auf der englisch-russischen Konferenz zeigen. In einer Unterredung mit einem Vertreter des Arbeiterblattes „New Leader“ sprach Ramsey MacDonald die Hoffnung aus, daß die Befreiung Europas Fortschritte machen werde. „Aber“, fügte er hinzu, „wenn die britische Politik fehlschlägt, so werde eine Zeit härterer Kämpfe andauern und eine Neu-

An unsere Postbezieher!

Vom 1. Mai ab erscheint das „Leipziger Tageblatt“ wöchentlich 7mal, also auch Montags.

Der Briefträger kommt in diesen Tagen zu Ihnen, um den

Bezugspreis für Mai
(M. 3.—)

zu kassieren.

Wir bitten alle diejenigen Bezieher, die bisher ihre Zeitung direkt beim Briefträger bezahlten, das Mai Abonnement rechtzeitig bis 25. April zu erneuern, da nach dieser Zeit der Briefträger für das Vorziehen der Quittung eine Extragebühr einzieht.

Leipziger Tageblatt Verlag.

gruppierung der Mächte werde eintreten, in der auch der Zusammenschluß Deutschlands und Rußlands eine Rolle spielen werde. Ein neuer verheerender Krieg werde die unvermeidliche Folge sein. Man muß dahin streben, daß Deutschland an dieser Befreiung Europas mitwirkt. Unsere bisherige Politik hat die demokratischen Bestrebungen in Deutschland zunichte gemacht.“

Paris, 17. April. (Sig. Tel.) Die Angaben über die Weiterberatung der deutschen Antwort an die Reparationskommission und die Weiterleitung der Sachverständigenberichte an die alliierten Regierungen sind spärlich. Der „Petit Parisien“ teilt mit, daß die Reparationskommission heute mittag zunächst eine offizielle Sitzung abhalten werde, um laufende Geschäfte zu erledigen. An dieser Sitzung werden voraussichtlich sämtliche Delegierten teilnehmen. Anschließend daran würde man eine offizielle Sitzung abhalten, um die ersten Einträge bezüglich der deutschen Note anzuhören. Der „Petit Parisien“ sieht es als wahrscheinlich an, daß die Sachverständigen dahin urteilen werden, daß die Ausdrücke der deutschen Note eine Empfehlung der Sachverständigenentschlüsse an die alliierten Regierungen, soweit sie unter ihre Kompetenz fallen, zulassen. Die Delegierten der Reparationskommission werden dann erneut zu einer offiziellen Sitzung zusammenkommen, in der sie den Text der Empfehlung an die alliierten Regierungen zu beschließen hätten und anschließend mit der Ausarbeitung eines den Sachverständigenentschlüssen entsprechenden Zahlungsplanes beginnen würden. Allerdings glaubt der „Petit Parisien“, daß die Delegierten sich wegen der bevorstehenden Osterferien auf die nächste Woche versagen werden. In der Presse wird die deutsche Note sonst im allgemeinen mit recht kühler Zurückhaltung aufgenommen. Es wird oft darauf hingewiesen, daß gewisse Zweifel darüber bestehen, ob den vielversprechenden deutschen Worten auch die entsprechenden Taten folgen werden.

„Ego Rational“ will wissen, daß die interalliierte Konferenz im Zusammenhang mit den Sachverständigenberichten erst nach den deutschen und den französischen Wahlen einberufen werden sollen.

Dollarparitäten an Auslandsbörsen

	in Billionen Mark	17. April	16. April
Zürich	—	—	4,4
Amsterdam	—	4,4	4,3
London	—	4,4	4,3
Prag	—	—	4,4
New York (Werbörs.)	—	4,4	4,4
„ „ (Nachbörs.)	—	—	4,4

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel
Geldkurse der Vorbörsen

	Vorbörsen	Parität in Millionen	Vorbörsen	Parität in Millionen
Berlin	0,00000002	4444	17	17
London	435,06	19334	3720,50	1653
Paris	624,50	278	295,00	131
Moskau	44,50	197	—	—
Zürich	1,99	262	1,99	614

Diese hoffnungsvollere Stimmung wird nur durch die Schwierigkeiten gestört, die sich auf der englisch-russischen Konferenz zeigen. In einer Unterredung mit einem Vertreter des Arbeiterblattes „New Leader“ sprach Ramsey MacDonald die Hoffnung aus, daß die Befreiung Europas Fortschritte machen werde. „Aber“, fügte er hinzu, „wenn die britische Politik fehlschlägt, so werde eine Zeit härterer Kämpfe andauern und eine Neu-

Zuversicht in Berlin

17. April. (Sig. Tel.) Die knappe Form der deutschen Antwortnote und ihr Bericht auf alle diplomatischen Einzelheiten wird hier ziemlich allgemein als wohltuend und entspannend empfunden. Ueber die politischen Konsequenzen der Antwort scheint man sich auch in amtlichen Kreisen hinreichend klar zu sein. Man betont zwar, daß durch sie die Sachverständigenberichte nicht zum unantastbaren Dogma für Deutschland werden, andererseits aber wird mit von autoritativer Seite festgestellt, daß man die Gesamtsituation des Ostens nunmehr akzeptiert habe und insbesondere an seinen Hauptstützen, also etwa an der Umwandlung des Eisenbahnnetzes, an der Wohlstandsbank usw. keine Änderung mehr vornehmen könne und werde. Welche Wünsche man noch in Bezug auf Einzelheiten hat, geht aus den letzten Interviews des Kanzlers hervor. Im übrigen wird erneut bestätigt, daß auch aus Anlaß der letzten Ricum-Verhandlungen die Führer der Reichsregierung erklärt haben, sie würden es für unverantwortlich halten, wenn die Regierung auf die Sachverständigenberichte nicht eingingen.

Im übrigen ist man hier der Ansicht, daß, nach dem die deutsche Antwort über die Sachverständigenberichte der politischen Situation keineswegs mehr in Berlin liegt. Soweit es der deutschen Regierung im Augenblick möglich sei, habe sie das ihre zur Klärung der Reparationsprobleme beigetragen. Die Reihe sei jetzt an den Rabineten von London, Paris und Rom. Was die englische Regierung angeht, so sei klar, daß sie ihr Bestes tun werde, um die Gutachten möglichst rasch und in ihrem ganzen Umfang in die Praxis umzusetzen. Fraglich bleibe nur, in welcher Stärke sie ihrem Standpunkt in Paris werde Geltung verschaffen können. Zwar sieht man in der letzten Rede Poincarés vor allem ein Stück Wahlpropaganda und nimmt infolgedessen ihre Nützlichkeitsauskünfte nicht allzu tragisch. Man hofft auch, daß sich durch den Sachverständigenbericht die diplomatische Lage bald so gestalten wird, daß Frankreich nun endlich einmal vor aller Welt vor die klare Frage gestellt wird, ob es Reparationen wolle oder militärische Expansion. Trotzdem aber macht sich wohl niemand Illusionen darüber, daß die Frage der Räumung des Ruhrgebietes in der Praxis noch schimmliche Schwierigkeiten machen wird, so einwandfrei klar sich auch der Sachverständigenbericht über sie ausgesprochen hat.

Nach den Reparationen die Sicherungen

Paris, 17. April. (Sig. Tel.) Der „Matin“ äußert sich in einem offensichtlich amtlich beeinflussten Artikel zu der deutschen Note. Das Blatt würde es weder für klug noch für politisch halten, wenn man sofort voraussetzen wollte, die deutsche Regierung habe bei der Abgabe ihrer Erklärungen gleichzeitig die Absicht gehabt, aus dieser Erklärung keine Folgerungen zu ziehen. Aus der letzten Rede Poincarés eingehend, erklärt der „Matin“, es sei absolut notwendig, sich nicht mit leeren Worten zufriedenzulassen. Das Blatt verweist auf die Erklärungen, die Reichskanzler Marx seinem Berliner Vertreter abgegeben hat, und versucht zu beweisen, daß Deutschland gefonnen sei, seinen Standpunkt hartnäckig zu verteidigen. Zur weiteren Entwicklung der Dinge übergehend meint der „Matin“, es sei nunmehr Sache der Reparationskommission, die Anregungen der Sachverständigen in Entscheidungen umzuformen. Die Reparationskommission habe dem Reich klar zu sagen, was es zu tun und welche gesetzlichen Bestimmungen es zu beschließen habe. Aber meint das Blatt, mit der Annahme dieser gesetzlichen Bestimmungen sei auch noch nichts getan, sondern ein Beginn der Ausführungen sei ebenfalls notwendig. Die Antwort von heute, so heißt es dann in dem Artikel weiter, selbst wenn man sie als gutes Vergehen ansehe, hat lediglich das Interesse einer unbestimmten prinzipiellen Zustimmung, deren Folgen man noch abwarten hat. Die Frage der Umformung der französischen Regime in ein dem Programm der Sachverständigen angepaßtes Regime, das unter die Zuständigkeit der Regierung falle, werde im übrigen nach der Formel der Sachverständigen erst aufgeworfen werden, wenn das Programm „in Ausführung gebracht“ ist, und alsdann würde das zweite große europäische Problem, nämlich das der Sicherungen besprochen werden müssen. Wenn man z. B. auf Grund eines allgemeinen Reparationsplanes Frankreich zum Bericht auf die Eisenbahnfrage auffordern würde, wo hätte es, wie Poincaré bereits gestern ausführte, darauf hinzuwirken, daß die Eisenbahnfrage eine der Garantien für die französische Sicherung am Rhein darstelle. Im übrigen meint der „Matin“ — und dies dürfte der wichtigste Absatz und vielleicht der Zweck seines Artikels sein — die französische Regierung sei bereit, über alle diese Punkte, die außerhalb der Zuständigkeit der Reparationskommission liegen, sich auszusprechen.

Der Standpunkt der belgischen Regierung

Paris, 17. April. Der gut unterrichtete Brüsseler Korrespondent des „Echo de Paris“ wirft die Frage auf, ob es wünschenswert sei, daß die Reparationskommission jetzt das Programm der Sachverständigen ändere, und daß es den alliierten Regierungen freistünde, es hier und da zu revidieren. Er glaube sogar zu können, daß die belgische Regierung gegen eine derartige Behandlung sei. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß die Auffassung der Sachverständigen Belgien nicht vollkommen Genugtuung gewähre. Nichtsdestoweniger glaube sie, daß es besser sei, den Bericht als Ganzes anzunehmen. Nichts wäre nach der in Brüssel herrschenden Ansicht gefährlicher, als die Solidarität dieser Arbeit zu brechen unter dem Vorwand, daß jeder seinen besonderen Wünschen dabei Geltung verschaffe. Alles in allem mache sich das Brüsseler Kabinett die Auffassung Macdonalds zu eigen, wonach der Sachverständigenbericht ein unteilbares Ganzes bildet. Die belgische Regierung habe auch auf dem Standpunkt, daß nicht mehr jedem einzelnen der Alliierten die Möglichkeit gelassen werden dürfe, Sanctionen durchzuführen, die nicht die Zustimmung sämtlicher übrigen Alliierten Deutschlands hätten. Es komme also darauf an, daß die Alliierten Deutschlands sich unverzüglich über diejenigen Sanctionen einigten, die für den Fall durchzuführen zu sein, daß Deutschland später Anlaß dazu gebe.

Die Kruppengrube in den besetzten Gebieten

Berlin, 17. April. Die vom Reichsminister für die besetzten Gebiete dem Reichsrat vorgelegte „vierte Denkschrift über die Besatzungsstellen mit einem Anhang über die Ausgaben der Interalliierten Kommissionen“ gibt auch näheren Aufschluß über die Besatzungsstellen. Gelegentlich der Berliner Verhandlungen machte bekanntlich der französische Minister Laqueur Ausführungen, wonach die Besatzung im Rheinland die frühere deutsche Friedensregierung von rund 75 000 Köpfen nur wenig überschreiten sollte. In Wirklichkeit beträgt heute die Gesamtstärke der Besatzungsarmee an Rhein und Ruhr rund 200 000 Köpfe. Die Anzahl der deutschen Garnisonen im besetzten Rhein-gebiet betrug 30, die Anzahl der von der Besatzung besetzten Orte wird sich auf etwa 300 belaufen. Sie hat sich also gegenüber den deutschen Friedensgarnisonen etwa verdreifacht.

Die Vorgeschichte der Ricumverträge

Berlin, 17. April. (Sig. Tel.) In den Verhandlungen der Ruhrgrubenbesitzer des Ruhrgebietes mit der Ricum, die zu einer zweimonatigen Verlängerung der Lieferungsverträge geführt haben, sind die Vertreter der Grubenbesitzer keinen Augenblick von ihrem Standpunkt abgewichen, daß sie nicht imstande sind, die Lieferungen nach dem 15. April aus eigenem zu finanzieren. Daß das Reich keinerlei Leistungen dafür aufbringen könne, stand außer Frage. Während der Unterbrechungen der Verhandlungen traf die Nachricht ein, daß die Reparationskommission beschlossen habe, das Gutachten der Sachverständigen anzunehmen. Daraufhin kamen die Vertreter der Grubenbesitzer nach hier und erklärten, es wäre jetzt die Möglichkeit gegeben, die Lieferungen und damit die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet für eine bestimmte Frist zu regeln. Während die Ricumvertreter bisher mit allem Nachdruck auf der unbefristeten Verlängerung der Verträge bestanden hatten, war jetzt eine Befristung bis zu dem Zeitpunkt möglich, wo der Plan der Sachverständigen in Kraft treten wird. Vor allem aber konnten die Ruhrgrubenbesitzer jetzt den Versuch machen, Kredite für die Finanzierung der weiteren Lieferungen zu erhalten auf Grund der internationalen Anleihe, die das Sachverständigen-Gutachten vor allem für die Bezahlung der Sachlieferungen in Aussicht stellt. Es ist den Ruhrindustriellen auch gelungen, diese Kredite zu erhalten, ohne die Verlängerung der Ricumverträge für die meisten Ruhrgrubenbesitzer unmöglich gewesen wäre, denn ihre bisherige Belohnung aus den Ricumverträgen beträgt bereits 200 Mill. Goldmark.

Drohzug gegen Deutsche

Paris, 17. April. Dem „Journal“ wird aus Mainz gemeldet, daß gestern vormittag vor dem dortigen Amtsgericht ein Drohzug gegen dreißig Deutsche verhängt wurde, die Geheimverträge angeheben sollen. Die Anklage lautet auf Sabotage, Spionage und verbotenen Waffenbesitz. Unter den Angeklagten befindet sich der ehemalige Kapitänleutnant Daxer vom Kreuzer „Breslau“. Die Verhandlungen sind geheim.

Der Vertrag von Rapallo

„Ein Wegweiser für die Zukunft“

Köln, 16. April. In einer Unterredung mit einem Vertreter der russischen Telegraphen-Agentur äußerte sich Tschitscherin über die Bedeutung des Vertrages von Rapallo. Er bemerkte, nicht nur Sowjetrußland habe einen hochwertigen politischen Ertragpunkt gewonnen, sondern auch das internationale spezifische Gewicht Deutschlands sei sofort gestiegen. Die gewaltige Bedeutung des Wirtschaftsbündnisses beider Länder sei von beiden Seiten erfaßt worden. Der Vertrag bleibe ein Wegweiser für die Zukunft; die unübersehbare Bedeutung der ihm zugrunde liegenden politischen Konzeption werde sich in Zukunft entfalten.

Kanzler Dr. Marx im Nebenamt Justizminister

Berlin, 17. April. (Sig. Tel.) Reichskanzler Dr. Marx hat das infolge des Rücktritts von Minister Dr. Canninger überlegte Justizministerium vorläufig übernommen. Der Kanzler wird die Geschäfte des Justizministers bis zu den Neuwahlen führen.

Anfrage gegen Jarres

Berlin, 17. April. (Sig. Tel.) Der Republikanische Reichsbund, der vor kurzem Anzeige gegen die Herren Rahr, Löffow und Seifer erstattet hat, hat nunmehr auch gegen den Reichsinnenminister Dr. Jarres beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Anklage wegen Verfassungsverstoß erhoben. Die Anklage wird damit begründet, daß der Reichsinnenminister nach der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes durch den Reichspräsidenten für den freistaatlichen Vapern den von der versäuslichdrüchigen Regierung Anklage feinerzeit erlassenen militärischen Ausnahmezustand ausdrücklich anerkannt hat, obwohl die Aufhebungsordnung des Reichspräsidenten eine solche Ausnahme nicht zugelassen hatte.

Mar Höls an der Spitze der kommunistischen Reichstagswahlliste

Berlin, 17. April. (Sig. Tel.) Die Zentrale der kommunistischen Partei hat beschlossen, Mar Höls, der gegenwärtig seine langjährige Zuchthausstrafe verbüßt, an die Spitze der kommunistischen Reichstagswahlliste zu stellen. Diese Kandidatur soll offenbar eine Demonstration für die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen sein.

Die Organisation C vor dem Staatsgerichtshof

Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist die Beratung der Organisation C gegen die Organisation C vor dem Staatsgerichtshof abgeschlossen. Die Angeklagte Organisation C ist dem Oberstaatsanwalt zur Stellung und Prüfung vorgelegt. Doch ist mit einer baldigen Verhandlung nicht zu rechnen. Der Staatsgerichtshof ist vorläufig reichlich mit Arbeit versehen. Außerdem wird die Prüfung der über 200 Seiten starken Anklageschrift geraume Zeit in Anspruch nehmen. Ob der Prozeß überhaupt durchgeführt werden kann, wird ganz von dem Ergebnis der Verhandlung abhängen. Bekanntlich sind Verhandlungen im Gange, den Staatsgerichtshof abzubauen. Wenn dies gelingt, dann kommt der Prozeß gegen die Organisation C natürlich nicht in Leipzig zur Verhandlung. Es wird also im Interesse jedes einzelnen, der Sinn für Recht und Gerechtigkeit, für Ordnung und Fortschritt der jungen deutschen Republik hat, liegen, dafür zu sorgen, daß eine Einrichtung, die sich bisher als sehr segensreich erwiesen hat, erhalten bleibt.

Das Recht der Reichsregierung zu Entscheidungen

Berlin, 17. April. (Sig. Tel.) Gegenüber dem deutsch-nationalen Protest wegen der Aufhebung der deutschen Note durch das am Ruder befindliche Reichskabinett während der Wahlbewegung hält die Reichsregierung ausdrücklich daran fest, daß sie befugt ist, die notwendigen außenpolitischen Schritte mit voller Freiheit und voller Verantwortlichkeit zu tun. Die Regierung habe nicht demissioniert, und es könne deshalb keine Rede davon sein, daß sie nur eine geführte Regierung sei. Auch die Regierung erkenne selbstverständlich das Zukunftsrecht des Reichstages an. Dieses Recht werde auch keineswegs umgangen werden. Vielmehr würde bei einer Reparationsregelung eine Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen notwendig werden, vor allem müßte der Reichstag bei der Neuregelung der Rechtsform der Reichseisenbahn beschließend mitwirken, und es sei dabei sogar eine verfassungsändernde qualifizierte Mehrheit notwendig.

Der Attentat in Weimar

Weimar, 17. April. (Sig. Tel.) Zu dem bereits gemeldeten sensationellen Attentat in Weimar werden von zuverlässiger Stelle noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der Diebstahl hat sich nicht in den Diensträumen des Thüringischen Innenministeriums, sondern im Büro des Landtages von Thüringen ereignet. Nach der Aufhebung der Immunität des kommunalistischen Abgeordneten Dr. Neubauer am 15. April wurde ein Postpaket, enthaltend die von dem Oberstaatsanwalt ergangenen Sachverhaltsakten gegen den genannten Abgeordneten und ein diesem betreffendes Attestat polizeilicher Art im Landtagsbüro verpackt worden. Das Postpaket war mit gewöhnlichem Bindfaden verschützt und mit zwei Seilen versehen. Später war das Paket in den Schließfachkasten gelegt worden, da es zur Postabgabe zu spät war. In der Zeit von 7.45 bis 11.45 Uhr nachmittags ist dann das Paket von unbekannter Hand dort gestohlen worden. Der Landtag tagte von 8 Uhr an in einer Abendsitzung. Die Akten des Oberstaatsanwalts sind eingestrichelt in einen grauenweißen Aktenschrank, der in schwarzem Drad die Bezeichnung „Akten des Oberstaatsanwalts“ trägt und das Kennzeichen XIII F 51/24, darunter wahrheitsgemäß eine arabische 6. In bürgerlichen und politischen Kreisen Weimars wird allgemein vermutet, daß der Attentäter im kommunistischen Lager zu suchen ist.

Demokratischer Kurs in Ungarn

Budapest, 17. April. (Sig. Tel.) Die „Nagy Eszt“ meldet, beauftragt Ministerpräsident Graf Bethlen eine teilweise Umgestaltung der Regierung, die eine demokratischere Richtung gewährleisten soll. Der Minister des Innern Rakowski, der ein Exponent der Rechtsradikalen sei, soll zurücktreten, und ebenso soll der Landespolizeichef Dabos, der vielfach beschuldigt wird, das eigentliche Haupt der rechtsradikalsten Geheimorganisationen zu sein, seinen Platz verlassen. Das zwischen der Regierung und der Opposition zur Erhebung der Sanierungsfrage im Parlament geschlossene Abkommen enthält weitgehende Zugeständnisse Bethlens. Es wird nach dem Muster des österreichischen Staatsoberhauptes ein Aufsichtsgremium geschaffen, das die Regierung während der Sanierungsarbeit kontrollieren soll. Das Internierungslager von Jászberény wird aufgelöst. Ferner sind einige finanzielle Konzeptionen gemacht worden.

Französisch-belgisches Verteidigungssystem an englischen Kanal

Brüssel, 17. April. (Sig. Tel.) Anstelle von Antwerpen wird Zeebrugge zur Hauptfestung Belgiens ausgebaut. Hier werden Kanonen errichtet, die Flugplätze in Ordnung gebracht, eine Eisenbahnverbindung mit dem französischen Bunkersystem angelegt. Der Hafen von Zeebrugge bildet den nördlichen Endpunkt eines aus französischen Betrieben hin errichteten Verteidigungssystems, das die in eine fünfjährige Mobilisierung Frankreichs einbezogene Seefront vom Kanal bis zur niederländischen Küste ausdehnt. Die Besatzung der belgischen Kriegsmarine wird von französischen Lehrmeistern in Brügge ausgebildet. Als Uebungsschiff ist in Zeebrugge der außer Dienst gestellte französische Kreuzer „Entrecastraux“ verankert worden.

Auch ein serbisch-französisches Bündnis?

Paris, 17. April. Der belgische Korrespondent des „Matin“ will von glaubwürdiger Seite erfahren haben, daß bei dem offiziellen Besuch des Königs Alexander und der Königin Marie in Paris Ende nächsten Monats ein Defensivbündnis zwischen Frankreich und Serbien geschlossen werden soll.

Die Mittel zu Polens Sanierung

Warschau, 17. April. (Sig. Tel.) Heute sind die Verhandlungen zu Ende geführt worden, kraft deren die polnische Regierung einem ausländischen Konsortium die Ausbeutung des gewaltigen industriellen Waldkomplexes von Belowesko einräumt. Bezüglich der näheren Bedingungen verläuft vorerst lediglich, daß die Transaktion dem polnischen Fiskus bedeutende Geldsummen in hochwertiger fremder Valuta einbringe. Neulich Polens Galanomonopol den Italienern, heute Polens Galanomonopol den Engländern — man wird über diesen Teil der eingeleiteten Sanierung der polnischen Wirtschaft mindestens zweierlei Ansicht sein dürfen.

Coolidge Wahlkampf

Frankfurt a. M., 17. April. (Sig. Tel.) Aus New York wird gemeldet, die ausführliche Behandlung der Außenpolitik in der Rede, mit der Hughes die Wahlkampagne der republikanischen Partei eröffnete, verleiht den Eindruck, daß Coolidge darin ein Mittel sieht, die schwachen Punkte der inländischen Politik, namentlich den unliebsamen Osthandel, zu verdecken, weswegen er auch eifrig bestrebt ist, den Wiederaufbau Europas zu fördern, da er darin ein wertvolles Attribut der Wahlkampagne sieht.

Beilegung des Lohnkampfes im englischen Bergbau

London, 17. April. Der Arbeitsminister Shaw hat einen Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Lohnstreitigkeiten in der Bergwerkindustrie ernannt, dessen Vorsitzender der vor-malige Lord-Kanzler Lord Sumner ist. Im Unterhause erklärte der Arbeitsminister, es bestehe nicht die geringste Wahrscheinlichkeit eines Streiks in der Bergwerkindustrie, vielmehr alle Aussicht auf eine Regelung, die für eine beträchtliche Zeitspanne einen Arbeitsfrieden bringen werde.

Der Lohnkonflikt im Buchdruck

Frankfurt a. M., 17. April. (Sig. Tel.) Der Streit im Wiesbadener Buchdruckgewerbe ist beendet. Die Zeitungen erscheinen wieder. In Mainz konnte bisher eine Einigung nicht erzielt werden.

Breslau, 17. April. In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung der Buchdrucker-Gehilfen kam es zwischen den Verlegern und den Streikenden zu einer Einigung. Die durch Schlichterspruch festgesetzten Löhne erfahren infolge einer Änderung, als die ursprünglich mit Wirkung vom 3. Mai vorgesehene Erhöhung von 1,60 Mark bereits ab 19. April gewährt und für die Stadt Breslau auf 2 Mark für alle beschäftigten Buchdrucker erhöht wird. Die Hilfsarbeiter erhalten einen entsprechenden Anteil. Außerdem wird eine einmalige Wirtschaftshilfe gewährt, deren Höhe mindestens 25 Prozent des Wochenlohnes beträgt. Maßregelungen finden nicht statt.

München, 17. April. (Sig. Tel.) Nach fünf-tägiger Dauer des Buchdruckerstreiks ist heute gegen Mitternacht im Sozialministerium eine Vereinbarung aufgefunden worden, durch die der Streit sein Ende findet. Die Gehilfen erhalten von nun an einen Wochenlohn von 32, statt bisher 30 Mark. Sie hatten 35 Mark gefordert. Die Zeitungen sind heute früh zum Teil wieder erschienen.

Landarbeiterstreik

Dresden, 17. April. (Sig. Tel.) Auf den vier bei Crimmitschau gelegenen großen Gütern Frankenhauzen, Gabeln, Posenhof und Lauterbach sind die Landarbeiter in den Streik getreten. Sie fordern anstelle des bisherigen Lohnes von 15 und 20 Pfennigen, Erhöhung auf 25 für männliche und 20 Pfennige für weibliche Arbeiter. Der Streik droht weiter um sich zu greifen.

Die Lage in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie

Greif, 17. April. Die Lage in der Textilindustrie ist weiter sehr gespannt. Die Aussperrung in Böhmen, Meiere und Glauchau besteht weiter fort. Heute ist in den Betrieben des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien ein Anschlag angebracht worden, in dem mitgeteilt wird, daß am Dienstag, den 22., und Mittwoch, den 23. April, die Betriebe in den ausgesperrten Bezirken wieder geöffnet sein werden, um den Arbeitswilligen Gelegenheit zur Wiederaufnahme der Arbeit zu geben. Finden sich nicht genügend Arbeiter, um den Betrieb fortzusetzen, dann erfolgt die Aussperrung auf unbestimmte Zeit. Die unmittelbare Folge dieser Aussperrung wird dann die Gesamtstauung im gesamten Verbandgebiet sein müssen. Für Schuh der Arbeitswilligen ist Sorge getroffen.

Die Bank von Frankreich schließt sich gegen Fliegerangriffe

Paris, 17. April. (Sig. Tel.) Die Banque de France hat mit dem Bau von demontierbaren Gemälden begonnen, um sich gegen Fliegerangriffe und Einbrüche zu schützen. In der Erwartung, daß der nächste Krieg wohl hauptsächlich in der Luft ausgefochten werden würde, haben die französischen Bankiers und Politiker schon seit langem sich den Kopf über die Sicherung der Banken zerbrochen. Nach eingehenden Untersuchungen hat die Banque de France nun diese neuen Gemälden konstruiert, die unbedingte Sicherheit vor den Luftangriffen bieten sollen. Das Gemälde hat ein Bodenniveau von mehr als 4 Fuß Höhe, das keine ungeheuren Gewicht wegen von besonderen Außenmauern und Säulen getragen wird, die auf besonderen Fundamenten ruhen. Die äußeren Wände sind als Doppelmauern mit einem Zwischenraum von 4 bis 5 Fuß konstruiert und jede Mauer ist 1 1/2 Fuß dick. Der Zwischenraum, der sich über dem Dachwert erstreckt, ist mit Wasser gefüllt.

Auf dem groß-niederländischen Studenten-Rangerech in Löwen gerieten holländische und wallonische Studenten in Streit. Dabei zog ein Wallone eine Pistole und schoß einen Flamen nieder. Auf der Polizei erklärte er, er habe aus Rassenhass geschossen.

Die Brauereiarbeiter in Rheinland und Westfalen sind heute in den Streit getreten mit Ausnahme der Städte Duisburg und Bochum. Die Streikenden verlangen eine Lohnerhöhung von 30 Prozent.

Im Reiche des neuen Kalifen

Eine Reise in Arabien

Von unserem Sonderberichterstatter Dr. Wolfgang v. Webel.

(Copyright by Ullstein & Co., Berlin.)

I. Kampf mit Saufi Bürokratie

Ra'an, 23. März 1924.

Bomben, 7. März. Das Reutersche Büro meldet aus Jerusalem: König Hussein ist in Stani zum Kalifen von Transjordanien, Mesopotamien und Hedjaz proklamiert worden.

Am 8. März las ich das in Wien in der Zeitung. Am 12. März erhielt ich die Aufforderung, zum Kalifen zu fahren und ihn über seine Pläne und Absichten zu befragen. Und noch am selben Abend sah ich im Zug nach Triest, inbrünstig betend, Hussein möge noch ein paar Tage in Transjordanien bleiben — nur so lange, bis ich hinläufe. Denn mit der Proklamation zum Kalifen war der Hauptzweck seines Aufenthaltes im Lande jenseits des Jordans erreicht und die Unterzeichnung des Vertrages zwischen Großbritannien und dem Hedjaz war vollends unwahrscheinlich geworden, so daß jeder Grund für den König wegfiel, seine Rückreise nach Mekka weiter aufzuschieben.

War er aber erst einmal in der heiligen Stadt des Propheten — dann war er mir unerschütterlich: Kein Nichtmohammedaner darf Mekka betreten. Und ob und wann der Kalif wieder einmal seine Residenz verlassen würde, wußte Gott allein.

Die Fahrt nach Alexandria schien mir endlos. Aus zwei Gründen. Erstens war ich frustriert. Und dann: werde ich nicht zu spät kommen?

Montag abends landete die „Birana“ endlich in Alexandria. Ich will, da der Radikalismus nach Kantata ohnedies verstimmt ist, auf den Postdampfer nach Jaffa „umsteigen“ — da hörte ich, König Hussein sei entweder schon von Amman abgereist oder werde spätestens morgen abreisen.

Sofort ans Land! Ich hoffe, ein Automobil nach Kantata zu bekommen und dort den Schnellzug nach Jerusalem zu erreichen. Aber die Zollbehörde in Alexandria teilte meine Hoffnung nicht. Sie hatte Zeit und Interesse für meine medizinischen Instrumente ungeheuer.

Jede Kofferseite wurde aufgemacht; Mentholtabletten, die unglücklichweise im selben Koffer waren, wurden eine halbe Stunde lang auf ihren Koffinhalt hin untersucht; meine Zylinder wurden hin- und hergeschraubt — bis es glücklich zehn Uhr nachts war. Da entschied der Beamte: „Die Instrumente müssen „transit“ ausgegeben werden. Kommen Sie morgen wieder. Heute ist keine Zeit mehr dazu.“

Ich kam wieder. Wusthnaubend.

Jede Sekunde war mir kostbar — aber die Ägypter waren desto langsamer, je eiliger ich es hatte. Das Zollamt von Alexandria ist ziemlich ausgebeutet. Es umfaßt viele Häuser. Jedes Haus hat viele Zimmer. In jedem Zimmer gibt es wenigstens einen Beamten. Und jeder Beamte mußte wenigstens einmal eine Unterschrift auf ein Papier machen, das man ihm brachte, damit mein Kofferchen „transit“ nach Jerusalem gehen durfte.

„Man“ brachte ein Papier. „Man“ — der Herr des Zollamts von Alexandria. Er ist ein Kapitäl für sich.

Ein schmieriger, zerklümpert Araber namens Ibrahim, der auf einen Stuhl geschickt mit einer Geschwindigkeit von 2 Kilometer in der Stunde einherhinkt — denn er ist halb wie Daphilos, der Schmieb, alt wie Sotanus, höflich wie Therites, und von Mectur hat er nur das an sich, daß er ein Ökonom von ganz ansehnlicher Qualitäten ist.

Dieser Kerl hat das Amt, die verschiedenen Unterschriften einzuholen. Er nimmt zu diesem Zweck meine verschiedenen Dokumente in Empfang und nun beginnt die „Wurerei“. Zuerst muß ich 23 Pfister Depotgebühr bezahlen — dafür, daß mein Koffer eine Nacht auf dem Zollamt liegen durfte. Dann 3 Pfister für die Unterschrift eines Beamten, den ich dazu in seinem Kofferraum aufsuchen mußte, was er übrigens äbel vermerkte. Dann kamen ein paar

Trinkgelder an Zuschauer. Und dann wartete ich eine Stunde, zwei Stunden, drei Stunden... Ibrahim war verschwunden und der Kalif fuhr mit davon! Ober konnte wenigstens jeden Augenblick fortfahren... Endlich tauchte Ibrahim wieder auf. „Hini“, verkündete er. Ja, sihl! Zuerst Transitgebühr: 45 Pfister. Dann irgendeine andere Gebühr: 8 Mann wieder Unterschriften sammeln, als wäre ich ein Antragsteller im Parlament. Dann wird mein Koffer plombiert. Und Trinkgeld für das Plombieren. Dann Unterschriften von vier Beamten, die bezeugen, daß sie gesehen hatten, wie ein Koffer die Plombe geprüßt hatte. „Wenn der Unterschrift des Direktors, der bezeugte, daß er gesehen habe...“ Dann kam Ibrahim zu mir und verlangte 10 Pfister Trinkgeld für einen Mann, der den Koffer zur Bahn begleiten sollte. „Wenn du ihm die 10 Pfister nicht gibst, dauert die Sache bis morgen.“ Jener Mann betete gerade andächtig in einem Winkel des Hofhauses. Ich gab. Der Mann hörte zu beten auf.

Eine Drohsche kam; der „behaftete“ Mann krieg ein, ich krieg auch ein, der Koffer krieg ein — und mein brauner Ibrahim, der mich glücklich von zehn bis zwei Uhr herumgehogen hatte, wollte auch einsteigen. „Was willst du?“, fuhr ich ihn an. „Balkisch“, war die beleidigte Antwort. — Ich wollte ihm ein paar Pfister geben. Da begann er zu schreien: ihm gehörten 40 Pfister! Nun wurde mir die Sache zu bumm. Ich hatte schon fast ein Pfund an Transitgebühr für einen Koffer gezahlt, der mich, wenn ich ihn verpöhl hätte, kaum viel mehr gekostet haben würde. Ich hatte einen ganzen kostbaren Tag verloren und jetzt verlangte dieser Dinksepter, der daran schuld war, noch 40 Pfister (= 8 Goldmark) Trinkgeld! Ich holte mit dem Direktor los und begann, ihn zu beschimpfen. Der Direktor schimpfte zurück, die anderen Beamten mischten sich drein — und ich verstand auf einmal das dringende Verlangen Ägyptens, nicht von Engländern regiert zu werden, sondern von Ägyptern... Dann wird es gemüßlich sein. Nicht! Ich steh.

Zur historischen Vollständigkeit: ich zahlte 8 Pfister für Ibrahim, ich bezahlte die Drohsche zur Bahn, ich zahlte 75 Pfister Bezahltsche bis Jerusalem, ich zahlte etwa 20 Pfister Zoll in Jerusalem... Und da ich dem ehrenwerten Direktor des Alexandriner Zollamts versprochen hatte, meine Erkenntnisse mit der ägyptischen Zollbehörde zu veröffentlichen, so erfüllte ich hiermit mein Versprechen!

Ich rote jedem Palästina-Reisenden ab, in Alexandria ans Land zu gehen, wenn er nebensächliches Gepäck mit sich hat. Für Gepäck, das mich in Alexandria fast 2 Pfund Transitgebühr kostete, zahlte ich schließlich in Jerusalem 20 Pfister, ein Zehntel also, an Zoll.

Die Reise von Alexandria nach Kantata (am Suezkanal) und von da nach Jerusalem ist schon so oft beschrieben worden, daß ich mir die Mühe sparen kann. Man lese im Vorbericht nach...

Sehr eindrucksvoll ist ja der mondbeschenene Suezkanal, der die Wirtschaftsgrenze zwischen Ägypten und Palästina bildet, der Afrika von Asien trennt. Eine solche sichtbare Scheide zweier Kontinente erweckt poetische Erinnerungen an Geographieprofessoren.

Bangsam köpft die Fähre mit ihren Passagieren vom Westufer ab und bewegt sich über das dunkle Wasser. Feierliche Stille. Die Sterne glänzen im Himmel und im ruhigen Wasser unter uns.

Durch die Wüste Sinai. Geschmacklos, in der Offenbahn zu fahren. Herrlich ist die Wüste, wenn man sie vom Rücken des Kamels aus sieht. Herrlich die Dörfer, die Wüste, die Einigkeit, die Gottesnähe. Von der Eisenbahn aus ist die Wüste langweilig. Unendlich eintönig. Selbst das farbe, seltsame Mondlicht wirkt auf die Dauer ermüdend. Langsam wird es Tag. Und langsam wandelt sich das Land in kulturbare und kultivierte Erde. Aber, ob auch der Boden vom Grün des Frühlings bedeckt ist, es bleibt doch eine Art Wüste. Baumloses Land von der Grenze bei Kapha angefangen bis weit nach Norden. Bis die erste jüdische Siedlung zu beiden Seiten der Bahngelände auftaucht.

Wo Bäume wachsen, wo es Gärten und Wälder gibt, dort sind die Juden an der Arbeit. In Fer Tonia, in Netzeboth, in Nishon le Zion, das von fernher grüht. Aber es sind nur vereinzelte Oasen im Meer von Armut und Trägheit und Dede, das die jüdischen Kolonien umgibt; jüdische Inseln im arabischen Meer.

Und das Meer ruht am Gestein der Inseln.

II. Auf der Jagd nach dem König

Ra'an, 23. März.

In Jerusalem war man absolut unorientiert über das, was im Nachbarland vorging. Im Governorate sagte man mir, König Hussein sei „heute“ (am 19. März) von Amman abgereist; andere versicherten, er sei schon fast gestern fort; der Agent der transjordanischen Regierung in Jerusalem, Mr. Kenyon, ein Buchhändler in der Jaffastraße, behauptete, der König werde noch zwei Tage in Amman bleiben.

Am besten informiert war, wie ich später herausstellte, die jüdische Exekutive, wo man mir sagte, der Kalif sei noch in Amman. Könne aber jeden Augenblick nach Jerusalem kommen. In aller Eile verpackte ich mir das Visum nach Transjordanien, und dann ging es im Auto in höchstem Tempo in das Land der Ammoniter.

Die Automobilstraße von Jerusalem nach Jericho ist gut. Der Höhenunterschied ist gewaltig — Jerusalem liegt fast 800 Meter über dem Meer, Jericho fast 400 Meter unter dem Spiegel des Mittelmeerischen Meeres, und die Straße nach Jericho überwindet diesen Fall in kaum 30 Kilometer.

Mein Chauffeur, dem ich ein extra-hohes Trinkgeld versprochen habe, falls wir den König Hussein noch in Amman erreichen, fährt wie der Trauer. Die Düselletten, die das Straßental umgeben, liegen an mir vorbei, ohne daß ich ihre Formen erfassen könnte.

Nur eines fällt mir auf: Die Gegend ist gar nicht so düster und wildromantisch, wie ich sie mir nach den Beschreibungen vorgestellt hatte. Ich suchte angestrengt nach irgendeinem Punkt, wo der Räuber aus dem Coaquellum hätte haufen können, und fand nur, daß ich an Stelle des Räubers mit ein anderes Kalil zur Ausübung meiner Profession gewählt hätte, als dieses seltsame Tal.

Das Auto fährt einen kleinen Hügel bergan. Das Gestein, das mir entgegenleuchtet, ist blutroter Sandstein, in das Rot des Gebirges eingeprengt. Das Grün des Frühlings, das bisher die Landschaft verhältnißlos erscheinen ließ, verdrängt hier; der nackte Fels tritt zutage, schwarze Schatten durchbrechen ihn: Höhlen.

Eine Stunde nach unserer Abfahrt sind wir in der Ebene Jerichos.

Das Jordantal ist prächtig. Weit und erhaben in seiner Abgeschlossenheit. Im Westen das Gebirge Juda, etwa 1200 Meter über dem Jordan ansteigend, im Osten die blauen Ketten von Giload und Moab, noch höher als Juda. Im Süden der blühende und funkelnde Spiegel des Toten Meeres im Glanze der Morgenröte.

Das Tal ist wüst und menschenleer. Der Jordan ist tief in die Talsohle eingeschnitten. Ungeheuer fließt sein reiches Wasser in das Salzmeer. Keine Barre, keine Staumauer, kein Pumperwerk hält es auf. Hunderttausende mühen hier leben können. Palmen und Bannan könnten hier wachsen, Reis und Zuckerrohr, Baumwolle und Kaffee kann hier gezeihen. Lungenkrankte aus der ganzen Welt müßten hier zusammenströmen, um, eine Stunde von Jerusalem entfernt, in einem Klima, das dem von Rußien gleicht, Heilung zu finden.

Aber die Araber wollen nichts dazu tun. Und an Juden verkaufen die Einwohner von Jericho keinen

Boden. So bleibt denn das Jordantal, was es ist Jahrhunderten war: eine Wüste, in der nur ein paar Kamelherden Weide finden, in der nur ein paar Palmen und Obstbäume rings um die Stadt Jericho daran erinnern, daß hier einst ein Paradies war...

Unter Jericho eine Quarantäne für Vieh aus dem Lande jenseits des Jordan. Soldaten, Stacheldraht. Dann eine schmale Brücke; unansehnlich, fast höflich, mit feinerem Unterbau. Am Westufer ein englisch-palästinensischer Posten. Am Ostufer ein kleines Detachement Soldaten des Emirs Abdallah.

Hier ging Josua über den Jordan, als er Israel nach dem Lande Israel brachte. Hier taufte Johannes das Volk der Wüste. Hier ruht Heiligfeld dreier Tausende über den rasch strömenden Fluten. Auf dem Södel der Brücke ist ein Name eingegraben und eine Jahreszahl. Der Name Josuas, des Sohnes Kuns? Der Name Johannes des Täufers? Der Name Jesus, des Sohnes der Mirjam? Ein anderer ist hier an heiliger Stätte verewigt: Allenby, der englische General, der diese Brücke im Jahre 1919 bauen ließ.

Und der Stein ist gewidmet und trägt auch seinen Namen.

Jenseits des Jordans. Bis vor kurzem war es sehr schwer, nach Transjordanien zu kommen. Die Regierung (oder besser die Bevölkerung) galt als fremdenfeindlich und hatte das Land östlich des Jordans fast hermetisch von der übrigen Welt abgesperrt.

Jetzt ist das besser geworden: ein eigenes Departement für Reisen und Fremdenverkehr ist in Amman eingerichtet worden und der Agent der transjordanischen Regierung gibt jedem das Visum zu einer Fahrt nach Amman, der dafür 50 Pfister zahlt.

Das ist aber vorläufig auch alles, was für den Fremdenverkehr getan wurde. Die Straßen jenseits des Jordans — ein palästinensischer Meßstab gemessen — sind schlecht und der erste Teil, der Weg vom Jordan bis zur größten Stadt Transjordanien, Es Salt, ist geradezu elend.

Die Gegend ist fast menschenleer — und dabei schon und wasserreich und fruchtbar, wie kaum ein anderes Stück Erde im vorderen Orient. Oleariengebüsch summt die Straße nach Shuni ein und die Luft ist trunken vom Nimm der weißen und gelben Blüten. Durch das Aussehen des mächtigen Schiffs bringt das helle Plätschern von Niden; Wasser, leberdiges Wasser ist hier — ein Schatz, aber ein Schatz, den niemand ausmüht.

In Shuni, am Ufer des gleichnamigen Baches, lagern in rauchgeschwärzten Hütten, aus abgeschliffenem Schilf ein Duzend Beduinenfamilien; weiter, gegen Es Salt, am Abfall des Gebirges Giload noch ein paar Hirtin mit Schafen und Kamelen — und dann meltenweit kein Mensch.

Der Wadi Scha'eb liegt, tief eingeschnitten in den weichen Kalkstein des Gebirges, dreißig bis fünfzig Meter unterhalb der Straße. Auf halben Weg nach Salt beginnen seine Ufer bebaut zu werden: der schmale Raum zwischen Straße und Fluß ist gepflastert und bepflanzt. Ein paar Häuser stehen im Tal, an die Bergwand angelehnt — dann kommen ein paar Wädhlen, ein kleines arabisches Dorf, dann Es Salt, die Hauptstadt des Distriktes.

Ich nehme mit keine Zeit, diesen wichtigen Platz auch nur flüchtig zu betrachten. Raum daß die Waage am Eingang der Stadt Ramen und Nummer des Autos notiert hat, lasse ich wenden und mit der größten Geschwindigkeit, wie das Terrain erlaubt, geht es über die baumlosen Höhen des Gebirges Giload nach der Residenzstadt des Emirs, nach Amman. Gegen 11 Uhr vormittags fährt endlich der Wagen im alten Raab Ab Amman ein; ein Palästina kommt herbei. Ist der König noch hier? rufe ich ihm an. „Der König fährt soeben nach Ra'an ab. Wenn Sie sich eilen, so können Sie ihn noch am Bahnhof treffen.“

Zum Bahnhof!

In dem Augenblick ploht pöcklich ein Pneu. Der Wagen hält.

Ich schide den Palästina, um ein anderes Auto zu holen; eine Minute später bin ich im zweiten Wagen und 5 Minuten später an der Station, die etwa 5-6 Kilometer von der Stadt liegt. Ich eile

lichen Bezirk. Das würde namentlich auch für die jungen Lehrende sein, die in der Arbeit an einer bestimmten religiösen Gemeinschaft leben und dabei mit dem Problem ringen, diese Gemeinschaft zu vergrößern und sie lebendiger und wirkungsträftiger zu gestalten. Es würde dann oft mit viel mehr Bewußtsein um die Aufgabe der Gemeinschaftsbildung gearbeitet werden. Die Religionssoziologie ist keine voraktete Wissenschaft, sondern auch ihrerseits derufen, in das lebendige menschliche Gemeinschaftsleben einzugreifen, wobei sie natürlich vor allem die Aufgabe hätte, die Gemeinschaft zu fördern und auf alles das hinzuwirken, das die Gemeinschaft hemmt und löst. Es liegt ja doch in ihr auch das Bestreben, Einflüsse in die wichtige Frage zu gewinnen, auf welchem Wege eine Einheit des gesamten Menschengeschlechts auf dem ganzen Erdball möglich ist. Darum ist es gut, daß die beiden großen Werke, auf die hingewiesen ist, sich mit Weltreligionen beschäftigen.

Religion und Gesellschaft

Von Dr. Flobig.

Im Zusammenhang mit den übrigen Wissenschaften gewinnt auch die Religionswissenschaft neue Gesichtspunkte und Forschungsmethoden. Es ist sie zuletzt mit der Lehre von der menschlichen Gesellschaft, der Soziologie, eine Verbindung eingegangen, die schon äußerst interessante Ergebnisse gezeitigt hat. Unter „Religionssoziologie“ versteht man einerseits die Erforschung des Einflusses, den die Religion auf die Bildung menschlicher Gemeinschaften der verschiedensten Art ausübt, auch etwa in dem negativen Sinne der Bewegung, Spaltung, Aufhebung der Gemeinschaft unter den Menschen; andererseits untersucht die „Religionssoziologie“ umgekehrt alle die Bedingungen und Bedingungen menschlicher Gemeinschaftsformen, die ihren Ursprung außerhalb der Religion haben, in ihrem Einfluß auf die Religion und deren Gestaltung. Es tut sich hier ein verwinkeltes Verhältnis gegenseitiger Beeinflussung auf. So einfach liegen die Dinge nicht, das man sagen könnte, die Religion sei weiter nichts als etwa eine Spiegelung wirtschaftlicher oder geographischer oder politischer Verhältnisse. Auch das aber wäre nicht richtig, zu meinen, daß religiöse Gemeinschaften nur lediglich in der Religion ihren Zusammenhalt hätten.

Die heutige Wissenschaft hat sich gewöhnt, nicht vornehm Systeme zu bauen, sondern sich zunächst einmal in der Geschichte umzusehen. So wurde die „Religionssoziologie“ mit zwei großen geschichtlich gereichten Werken aus der Zeit gekostet, deren Verfasser leider beide vor der Zeit gestorben sind. Es sind Ernst Troeltsch in seinen „Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen“ und Max Weber in seinen „Gesammelten Aufsätzen zur Religionssoziologie“. Beide Werke ergänzen einander, sowohl in der Art ihrer Beweisführungen, als geschichtlich. Man kann in denselben auf das Beste, was Weber geschichtlich aufweist, fest Troeltsch ein. Nachdem Weber einen Ausblick über „Die protestantische Ethik und den Geist des Kapitalismus“ gebracht, auch die protestantischen Sektoren unter demselben Gesichtspunkt untersucht hat, womit er also mit

einem Teil des Wertes von Troeltsch parallel geht, wendet er sich nun zu einem Thema größten Ausmaßes, zur „Wirtschaftsethik“ der Weltreligionen, vergleichende religionssoziologische Forschungen. Weber beschäftigt sich hier zuerst mit dem Konfuzianismus und Taoismus, dann, nach einer „Lehrbuch der Stufen und Richtungen religiöser Weltanschauung“, mit Hinduismus und Buddhismus. Da die beiden Weltreligionen, die noch übrig sind: das Christentum und der Islam ohne das Judentum nicht behandelt werden könne, geht W. dann zu dem „antiken Judentum“ über, wogu aus seinem Nachsch in Richtung über die Pharisäer hinauskommt. Er beschäftigt, noch die Psalmen, das Buch Hiob, das rabbinische und spätere Judentum, die christliche Entwicklung und den Islam zu unteruchen. Die Vorarbeiten dazu sind gemacht. Ob hiervon etwas der Allgemeinheit zugänglich gemacht ist oder wird, weiß ich nicht. Da Troeltsch die christliche Entwicklung soziologisch untersucht, legt er also da ein, wo W. aufhört. Das rabbinische und spätere Judentum oder schien, ebenso der Islam.

Es ist natürlich unmöglich, hier in Kürze einen Eindruck von der Fülle an Erkenntnissen und Anregungen zu vermitteln, die durch diese beiden Werke größten Stils gegeben werden. Uns legt es zunächst einmal am nächsten, unsere unmittelbare Umgebung religionssoziologisch anzusehen und so die Gesichtspunkte der Religionssoziologie unmittelbar praktisch fruchtbar zu machen. So sei folgendes angedeutet:

Wir haben in unserer unmittelbaren Nähe die protestantisch-lutherische und reformierte Kirche, die römisch-katholische Kirche, viele Sektoren, vorwiegend solche ausländischer Herkunft, religiöse Gemeinschaften sowohl außerhalb der Kirche und des Christentums, als innerhalb der christlichen Gemeinden, ferner in besonderen noch jüdische Gemeinden verschiedenster Art. Was von alledem etwa innerhalb der einzelnen Großstadt zu finden ist, gehört meist zu einer umfassenderen Organisation, die sich vielfach über ganz Deutschland, ja über die ganze Erde erstreckt. Welche wirtschaftliche Folgen das hat, hat sich in der Notzeit Deutschlands mannigfach gezeigt.

Achtet man auf die soziale Schichtung der Anhänger der einzelnen religiösen Gemeinschaften, wie andererseits dieser, die sich außerhalb derselben stellen, so ergibt sich, wie eng Beruf, Stand, Bildung, wirtschaftliche Lage mit der religiösen Gemeinschaftsbildung auch bei uns zusammenhängt. Obwohl sich z. B. die protestantische Kirche bemüht, alle Stände und Schichten zu umfassen, löst sie dabei doch immer wieder auf die harte Wirklichkeit der Kastengettes, der wirtschaftlichen und getragenen Verschiedenheiten und alle jene Spannungen und Trennungen, die durch die Unterdrückung der Stände, Berufe, des Bildungsgrades usw. bedingt sind.

Bei dem engen Zusammenhang alles Menschlichen ist klar, daß jede Kirchengemeinde auch ihre wirtschaftliche Seite hat. Das gilt nicht nur infolgedessen, als diese wirtschaftliche Seite der Kirchengemeinde ja heutzutage namentlich immer sehr fühlbar geworden ist, deren Beruf auf religiösem Gebiet liegt, sondern auch in dem Sinne, den Weber an eindrucksvollen Beispielen aus Amerika illustriert. Weber zeigt da, daß in Amerika z. B. die Zugehörigkeit zu den Partien ganz bestimmte wirtschaftliche Folgen für denjenigen hat, der nach eingehender Prüfung für würdig befunden worden ist, dieser Gemeinschaft anzugehören.

Endlich sei noch auf folgendes hingewiesen: von der Religionssoziologie aus öffnet sich der Blick dafür, wie wichtig jede Art von Astele, d. h. Entschlacktheit, für wirtschaftliche Dinge ist, wie die Berufsethik wirtschaftlich wirkt. Sobald Luther den weltlichen Beruf in seine Würde wieder eingeleitet hatte, sobald Fleiß und Sparsamkeit, ein puritanisch-strenge Leben Pflicht war, verbunden etwa damit, sich weltlicher, kostspieliger Vergnügungen zu enthalten, andererseits regelmäßig einen Teil des Verdienstes der Kirchengemeinde oder der Allgemeinheit der Sekte zum Opfer zu bringen, mußte das von wichtigen wirtschaftlichen Folgen sein.

Es wäre sehr lehrreich, einmal die Gesichtspunkte der Religionssoziologie, die in den genannten Werken auf große und weite geschichtliche Entwicklungen angewendet sind, auf ein kleines Gebiet anzuwenden, etwa eine Großstadt oder einen

kleinen Bezirk. Das würde namentlich auch für die jungen Lehrende sein, die in der Arbeit an einer bestimmten religiösen Gemeinschaft leben und dabei mit dem Problem ringen, diese Gemeinschaft zu vergrößern und sie lebendiger und wirkungsträftiger zu gestalten. Es würde dann oft mit viel mehr Bewußtsein um die Aufgabe der Gemeinschaftsbildung gearbeitet werden. Die Religionssoziologie ist keine voraktete Wissenschaft, sondern auch ihrerseits derufen, in das lebendige menschliche Gemeinschaftsleben einzugreifen, wobei sie natürlich vor allem die Aufgabe hätte, die Gemeinschaft zu fördern und auf alles das hinzuwirken, das die Gemeinschaft hemmt und löst. Es liegt ja doch in ihr auch das Bestreben, Einflüsse in die wichtige Frage zu gewinnen, auf welchem Wege eine Einheit des gesamten Menschengeschlechts auf dem ganzen Erdball möglich ist. Darum ist es gut, daß die beiden großen Werke, auf die hingewiesen ist, sich mit Weltreligionen beschäftigen.

Die Nachfolge von Karl Zeit in München. Die unter Münchner F. O.-Korrespondent erfüllt, ist die Berufung des Darmstädter Oberregisseurs Eugen Keller auf den Posten eines Direktors des staatlichen Schauspielers in Bamern so gut wie perfekt. Eugen Keller, der vor seiner Berufung an die Darmstädter Bühne acht Jahre lang als Regisseur am Theater der Frau Dumont in Düsseldorf tätig war, wird hauptsächlich wegen seiner Verdienste um die Inzenerierung von Klassiker-Aufführungen für München verpflichtet. Er gilt in Fachkreisen als ein Mann, der neue Wege mit Maß und Verständnis geht und sich nach keiner Seite hin gebunden fühlt. — Neben dem neuen Schauspielregisseur wird Dr. Ernst Leopold Stahl, der stellvertretende Leiter der Bayer. Landesbühnen, als neuernannter Dramaturg des Staatstheaters tätig sein. Dr. Stahl ist die Aufgabe übertragen worden, den Spielplan des staatlichen Schauspielers zu reorganisieren.

Kleine Theaternotiz. Das Schauspiel „Mutterlegende“, des Prager Autors Hellmuth Ungar, das bereits in englischer und italienischer Uebersetzung vorliegt, ist ins Holländische überföhrt und für holländischen Bühnen erstehen werden.

Mitteldentscher Börsenkurier

Die mit * versehenen Artikel, Notizen und Kurse sind Originalarbeiten und dürfen nur mit voller Quellenangabe nachgedruckt werden

Steinkohle und Braunkohle

Von Dr. Heinz-Lippig

Die zum Ausbruch des Krieges war die beherzende Stellung der Steinkohle im Vergleich zur Braunkohle in Deutschland unbestritten. Einer Steinkohlenförderung von 190 Millionen Tonnen im Jahre 1913 standen nur 87 Millionen Tonnen Braunkohle gegenüber. Hierin hat die Krieges- und Nachkriegszeit einen tiefgreifenden Wandel geschaffen. Bekanntlich sank die Steinkohlenförderung infolge der etwas überzogenen Einziehung der Bergarbeiter zum Militär bereits im ersten Kriegsjahre in so erschreckendem Maße — nämlich von 190 Millionen Tonnen auf 161 Millionen Tonnen —, daß die maßgebenden Kreise der weiteren Entwicklung nicht ohne Sorge entgegenblickten. Als sich dann im folgenden Jahre die Förderleistung um weitere 15 Millionen Tonnen verminderte, sah man ein, daß dringend Abhilfe geschaffen werden mußte, sollte die Kriegsführung des Reiches nicht auf das höchste gefährdet werden. — Tatsächlich gelang es auch in den Jahren 1916 und 1917, durch umfangreiche Verleihungen von Bergarbeiter zur Förderung nicht unbedeutend, und zwar im Jahre 1917 auf nahezu 168 Millionen Tonnen zu steigern. Das Schlußjahr 1918 brachte dann die deutsche Steinkohlenförderung auf 161 Millionen Tonnen zurück, so daß sich am Ende des Krieges gegenüber im Vorkriegsjahre 1913 ein Förderanstieg von rund 15,4 Proz. ergab.

Die ist nun in dieser Zeit die Entwicklung der Braunkohlenförderung zu sich gegangen? Wohl war auch der deutsche Braunkohlenbergbau im ersten Kriegsjahre nicht imstande, einen Förderanstieg zu verzeichnen, doch ist dieser Rückgang im Vergleich zur Steinkohle sehr gering gewesen, er betrug nur rund 3 Millionen Tonnen. Während sich aber dieser Rückgang bei der Steinkohle in den folgenden zwei Jahren fortgesetzt hat, ist bei dem Braunkohlenbergbau zu unserem Glück das Gegenteil eingetreten. Trotz des Arbeitsmangels und des ungleichwertigen Erfolges durch Kriegszugänge stieg die Förderung stetig, bis sie im Jahre 1918 mit über 100 Millionen Tonnen zunächst ihren Höhepunkt erreichte. Es ist demnach im letzten Kriegsjahre 1918 die Förderung des deutschen Braunkohlenbergbaues gegen das Vorkriegsjahr 1913 um nicht weniger als 15,6 Proz. gestiegen. Will man sich über die Weiterentwicklung ein klareres Bild machen, so empfiehlt es sich, die beiden Förderziffern gegenüberzustellen, wie folgende Tabelle zeigt:

	Steinkohle:		Braunkohle:	
	in 1000 Tonnen		in 1000 Tonnen	
1913	190 100	100 Proz.	87 116	45,8 Proz.
1914	161 885	100	83 945	52
1915	146 888	100	88 369	60,1
1916	158 547	100	94 332	59,3
1917	167 747	100	95 535	56,9
1918	160 908	100	100 663	62,6
1919	116 081	100	93 862	80,4
1920	130 867	100	111 034	85,3
1921	135 962	100	122 942	90,4
1922	129 965	100	137 207	105,5
1923	55 000	100	115 000	209,1

1919 ohne Lothringen, ab 1920 ohne Saar und Pflaß, ab Juni 1922 ohne Polnisch-Oberschlesien, vom Jahre 1923 ab Befreiung des Ruhrgebietes durch die Franzosen.

Abgesehen von den Förderziffern des Streifjahres 1919, in denen sich deutlich die wirtschaftlichen Nachteile politischer Unruhen widerspiegeln, bringen die folgenden Jahre 1920 und 21 namentlich einen Aufstieg. Dieser ist aber beim Steinkohlenbergbau weit geringer gewesen als im Braunkohlenbergbau, der den Förderziffern der Steinkohle immer näherkommt. Im Jahre 1922 endlich wird die Steinkohlenförderung von der Braunkohlenförderung zum ersten Male überholt. Dieser Vorprung vergrößert sich noch im nächsten Jahre infolge der landwirtschaftlichen Entwicklung der Ruhrgebiete, obwohl auch im Jahre 1923 die Braunkohlenförderung zurückgegangen ist.

Welches sind nun die Gründe dieser Entwicklung? Zunächst muß daran festgehalten werden, daß uns die Friedensverhältnisse von Versailles und Genf den Verlust eines großen Teiles unserer Steinkohlenförderung gebracht haben. Es gingen verloren: Die Förderung des Saargebietes mit rund 13 Millionen Tonnen, Lothringen und der Pflaß mit rund 5 Millionen Tonnen und Oberschlesien mit rund vier Fünftel der Jahresförderung von 1913 mit 43 Millionen Tonnen gleich rund 34 Millionen Tonnen, also eine Summe von 62 Millionen Tonnen Jahresförderung. Diese großen Verluste erklären aber immerhin noch nicht den gewaltigen Rückgang, denn wenn man diese errechneten 52 Millionen Tonnen von der Steinkohlenförderung von 1913 mit 190 Millionen Tonnen abzieht, so müßten trotzdem noch jährlich 138 Millionen Tonnen gefördert werden, während der deutsche Steinkohlenbergbau im Jahre 1922 nur 130 Millionen Tonnen erreicht hat, obwohl hierin noch die Förderung der ersten 6 Monate Gesamtüberschusses enthalten ist. Der Grund liegt einfach darin, daß der Steinkohlenbergbau im Gegenstoß zum Braunkohlenbergbau sich nicht so schnell veränderten Verhältnissen anpassen kann. Technische Schwierigkeiten verbieten es, die Steinkohlenförderung in kurzer Zeit ergebnisreicher zu gestalten.

Ganz anders hat sich die Braunkohlenförderung entwickelt. Sie stieg von 87,1 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 115 Millionen Tonnen im Jahre 1923, nachdem sie im vorhergehenden Jahre mit 157,4 Millionen Tonnen einen Höhepunkt erreicht hatte. Die Gründe dieser Entwicklung sind bekannt. Für die ausgefallenen Steinkohlenmengen einbringen, was ihm auch den Umständen gemäß gelungen ist. Die Voraussetzung hierzu war glücklicherweise gegeben, denn der Braunkohlenbergbau ist durch Tagebaubetrieb technisch viel leichter auf eine Mehrförderung umzustellen, als der in dieser Beziehung verhältnismäßig schwerfällige Steinkohlenbergbau. Deutschland ist also heute an der Förderung gemessen aus einem Steinkohlenland ein Braunkohlenland geworden.

— Deutschnordische Valuta-Differenzen im Textilgeschäft. Gegen die in letzter Zeit öfters vorgekommene unbedingte Annulierung von in dänischen Kronen bezichtigten Aufträgen seitens deutscher Firmen wendet sich nach einem Kopenhagener Bericht des „Kongedagbladet“ Dansk Textil-Union, der Verband

der dänischen Textil-Händlervereine. Die deutschen Firmen erklärten, sie müßten annullieren, falls die Kunden nicht darauf eingingen, nach einem bestimmten Dollarkurs zu bezahlen. Die Union hält es für im allgemeinen Handelsinteresse gelegen, die Namen solcher Firmen, die ihren Verpflichtungen nachzukommen sich weigern, zu veröffentlichen. Anscheinend denselben Fall betrifft ein gleichzeitiges Gutachten der Handelskammer von Kopenhagen. Der dänische Kunde hatte bei einer alten Verbindung, einer deutschen Tuchfabrik, im März und Oktober v. J. 56 Stücke Tuch zur Lieferung ab Oktober 1923 bis April d. J., zahlbar in dänischen Kronen sofort nach Empfang, gekauft und Bestellungen ohne Vorbehalt bekommen. Kürzlich aber, wo noch 51 Stück nicht geliefert waren, verlangte der Fabrikant, der selbst nach Dänemark kam, Zahlung zum Dollarkurs von 5,83 und künftig zum Dollar-Tageskurs der Krone. Das Gutachten lautet: „Nach dänischem Recht kann der Verkäufer nicht einseitig die ursprünglichen Vertragsbedingungen ändern.“

— Der Londoner Goldpreis für werthständige Hypotheken beträgt mit Wirkung vom 15. April bis auf weiteres für eine Länge (Feingold) 95 lb, für ein Gramm Feingold demnach 36,518 Pence.

— Vorgezogene Verwertung der E.-S.-Wäge. Den Bemühungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Industrie- und Handelsverbandes ist es gelungen, die vorgezogene Verwertung eines hohen Prozentsatzes der sog. E.-S.-Wägen, die als Entschädigung für die englische Reparationsabgabe und für Reparationslieferungen ausgegeben worden sind, zu ermöglichen. Die Bedingungen hierfür werden so rechtzeitig bekanntgegeben, daß mit der Einlieferung der Güter voraussichtlich Anfang Mai begonnen werden kann.

— Schwierigkeiten eines Offener Bankhauses. An der Berliner Börse wurde heute bekannt, daß das seit 1913 in Offen bestehende Bankhaus Schwebel, Poelle & Co., das besonders an rheinisch-westfälischen Werten eine besondere Rolle spielte, mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Es verlautet, daß diese Schwierigkeiten in erster Reihe auf verkehrte Valutaspekulationen der Hamburger Niederlassung des genannten Bankhauses zurückzuführen sind. Infolgedessen scheint es auch, als ob in erster Reihe das Hamburger und nicht das rheinisch-westfälische Gebiet in Mitleidenenschaft gezogen werden wird. Es sind Bestrebungen wegen einer Sühnungssaktion im Gange, von der man hofft, daß sie Erfolg haben werde. Da es sich um ein sehr angesehenes rheinisch-westfälisches Bankhaus handelt, das auch zu anderen bekannten rheinisch-westfälischen Firmen und zu norddeutschen Banken enge Beziehungen unterhält, erregte das Bekanntwerden der Schwierigkeiten an der Börse lebhaftes Aufsehen.

— Silberverleih Bank-L. in Düsseldorf. Die G.-B. beschloß die Zusammenlegung der im Besitz jedes Mitgliedes befindlichen mehreren Anteile auf einen. Von dem Reingewinn soll zunächst jedem Mitglied eine Goldmark zugewiesen und der Rest des Reingewinnes auf Separatkonten zur Verfügung der G.-B. gestellt werden. Der Geschäftsanteil wurde der Zugehörigkeit entsprechend auf 300 Goldmark festgelegt. In ihrer Auswertung sind sofort 10 Goldmark einzuzahlen und wenn eine weitere monatliche Einzahlung von 5 Goldmark. Die Höhe der Personalanteile wurde auf 3000 Mark und die des Realanteils auf 10 000 Mark festgelegt.

— Deutsche Holzwerkstofffabrik in Berlin. Nach dem Bericht des Verbandes in der letzten Ausschichtungsung hat sich die Deutsche Holzwerkstofffabrik durch Übernahme eines anderen Aktienpakets an diesem Unternehmen beteiligt.

— Kein anhaltendes Landesbankrot. Die Errichtung eines anhaltischen Landesbankrotbeschlusses muß vorläufig als gescheitert gelten. Die anhaltische Staatsregierung hat wegen der großen Schwierigkeiten der Geldbeschaffung die Bankrotvorlage wieder zurückgezogen.

— Hamburger Schiff-L. in Hamburg. Eine am 15. Mai stattfindende a. G. soll die Zusammenlegung der Aktien vornehmen und über die Befreiung des Patents d. des Schiffesbesitzes berichten. Die Stillehung der Aktien beschließen.

— Bergbau-L. G. Fichtelgold. Die Tagesordnung der G.-B. wird erweitert durch Beschlußfassung über eine Kapitalerhöhung.

— Hambacher Hüttenwerk. Der Abschluß für 1922/23 (Stichtag 30. Juni) kann wegen der Ruhrbefreiung erst jetzt vorgelegt werden. Der Rohertag stellt sich auf (alles in Milliarden, Vertriebskosten in Millionen Mark) 11,9 (122). Verwaltungskosten und Steuern erforderten 4,2 (Verwaltung 1,3, Steuern 2,9), Abschreibungen 1,4 (6,7, dazu 41 für Wertverhaltung). Zinsen beanspruchten 4 (2,4), Vergütung 6,3 (0). Der Reingewinn soll mit 30,9 (232) (20,5) der Reserve zugeführt werden (l. B. 25 Proz.). Die Bilanz verzehret Vorräte mit 30,9 (232), Wechsel und Schecks mit 30,2 (0), Debitoren mit 78,4 (380) und Kreditoren mit 125,1 (411). Nach dem Geschäftsbericht machte die Ruhrbefreiung der betrieblichen Entwicklung ein tiefes Ende. Die Höhe in Oberhausen, die als eine der ersten stillgelegt wurde, konnte erst im Dezember wieder in Betrieb genommen werden. Das Hüttenwerk in Völkum lag vom Mai bis Januar still, die Concedahlütte vom Sommer a. J. bis März-April. Die Eisenhütte Hostenau war voll beschäftigt. Die Erzgruben im Ruhrgebiet, Siegerland und am Nordrande des Saargebietes entwickelten sich befriedigend und haben gute Aufschlüsse ergeben. Die Reberet J. Paul blieb gut, wie die übrigen Schiffahrtsgesellschaften, durch die Beschlagnahme eines Teiles der Boote und Röhne schwer getroffen worden. Die Ausschüßen des laufenden Geschäftsjahres bieten nach den Erfahrungen der abgelaufenen Monate keinen Grund, da die außerordentlichen Lasten, welche der Industrie durch das Ruhrabkommen auferlegt sind, von dieser unmöglich getragen werden können.

— Leipziger Braunkohlenwerke, L. G. in Aulwitz bei Markranstädt. In Ergänzung unserer gestrigen Meldung veröffentlichen wir nachfolgende Einzelheiten aus dem Bericht über das am 31. Dezember 1923 abgelaufene Geschäftsjahr. (Alles in Millionen, Vergleichszahlen für 1922 in Millionen.) Aus einem Rohertrag von 46 684 (91,4) erforderten die Aufkosten 19 598 (9,2), Steuern und Abgaben 368 (80,3) und Abschreibungen 2000 (0,3). Der Reingewinn von 7926 (1,6) wird vorgetragen (l. B.

100 Prozent Dividende). In der Bilanz stehen sämtliche Anlagen außer dem Wasserwerk mit je 1 Mark zu Buch wie im Vorjahre; die Abschreibungen erfolgten auf neue Zugänge. Die Vorräte betragen 5490 (6,4), Raffendbestand 16 129 (8,8), Schulden 55 230 (120,1), und Bankguthaben 5962 (8,7). Auf der Passivseite sind neben dem unveränderten Friedenskapital von 1 Million Mark hervorgehoben: Gläubiger 57 886 (100,9) und Erneuerungskonto 17 000 (10,9). Die Kohlenförderung blieb infolge kleinerer Streifs mit 281 598 Tonnen um 5400 Tonnen hinter der des Vorjahres zurück und betrug nur 55 Prozent der Friedensförderung. Die Kohle wurde glatt abgesetzt, soweit sie nicht im eigenen Betriebe verbraucht wurde. Die Herstellung von Preßfeinen wurde stark eingeschränkt, da der Absatz auf kaum 5000 Tonnen gegen 8804 Tonnen im Vorjahre sank. Im neuen Jahre sind Erzeugung und Nachfrage gestiegen.

— Kammerei-Oberland-L. G. in Stuttgart. Die Verwaltung des Unternehmens, dessen Geschäftsjahr am 31. Dezember 1923 aufschloß, ist, beantragt die Liquidation und Verkauf des Wertes (G.-B. 10. Mai).

— Rheinische Eisenwerke und Maschinenfabrik, L. G. in Mannheim. Nach dem Bericht für 1923 haben sich die Anforderungen an die Großerei herabgesetzt, doch deren Verlegung in Aussicht genommen worden. Die Beschäftigung der Maschinenfabrik war nur nach Einführung der Rentenmaß ungenügend, im neuen Jahre bedeutend ist das Geschäft langsam. Die Reingewinne ergeben sich 226,64 Millionen Mark (l. B. 15,94 Millionen). Daraus werden 6 Prozent Dividende auf 3 Millionen Mark zumutet und einjährige Rücklagen verteilt. Der Rest vorgetragen (l. B. 30 Prozent Dividende auf 28 Millionen Mark Stammapital).

— Norddeutsche Zinnwerke in Hamburg. Der Gewinn aus 1922/23 beträgt 943 Milliarden Mark und wird vorgetragen. Nach der Eröffnungsbilanz in Goldmark per 1. Oktober a. J. ist das Aktienkapital im Verhältnis von 5:1 auf 64 Millionen Goldmark zusammengelegt und ein Reservefonds von 640 000 M. gebildet. Die Obligationen anleihe ist mit 43 500 M. eingezahlt, und die noch zu zahlenden Arbeitslöhne auf Verläufe sowie die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 4 333 151 M. Die G.-B. genehmigte sämtliche Vorlagen sowie insbesondere auch die Goldberöffnungsbilanz und wählte Herrn Carl Schöninger in Hamburg neu in den Ausschlußrat.

— Rheinische Automobil-L. G., Deutsche Gesellschaft für die Lizenz E. Zugatti, in Düsseldorf. Die a. G. G.-B. beschloß Kapitalerhöhung um 5 Millionen Mark. Die Aktien werden den Aktionären im Verhältnis von 5:1 zu 1,50 Goldmark angeboten. Das neue Kapital würde zum weiteren Ausbau benötigt. Der Betrieb entwickelte sich gut, die Produktion sei bis Juni außerordentlich. Die Goldberöffnungsbilanz habe in der Inflationszeit erhalten werden können. (Bisheriges Kapital 100 Millionen Mark Stammapital und 1 Million Mark Vorzugaktien.)

— Thüringer Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, L. G. in Göttingen. Die am 9. Mai einberufene a. G. G.-B. soll über die Verlegung des Geschäftsjahres auf das Kalenderjahr Beschluß fassen.

— Gesselt & Söhne, Schiffsbau, L. G. in Hamburg. Die G.-B. genehmigte eine Dividende von 2 Goldmark pro Aktie zu 1000 Mark und eine entsprechende Ausschüttung auf die Genossine. Die Ausschüßen für das laufende Jahr werden herabgesetzt beurteilt. Die Gesellschaft hat Aufträge reichlich vorliegen.

— Wafsch & Co. L. G. in Leipzig. In Ergänzung unserer gestrigen Meldung geben wir nachfolgend die Einzelheiten aus der erst jetzt vorliegenden Gewinn- und Verlustrechnung für das am 30. Juni 1923 abgelaufene Geschäftsjahr. Der Bruttogewinn betrug 317 150 381,84 M. (4,6 Millionen). Die Handlungsunkosten erforderten 243,3 (3,9) Millionen, Abschreibungen 2,3 (0,1) Millionen, so daß ein Reingewinn von 71,6 (0,8) Millionen verbleibt, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Der Bilanz am 30. Juni 1923 sind zu erwähnen: Gebäude, Maschinen und Inventar je 1 M. (l. B. 250 000 M.); neue Zugänge wurden voll abgeschrieben. Raffendbestand und Guthaben betragen 20,8 (0,2) Millionen, Debitoren 171,1 (2,5) und Forderungen 177,6 (2,2) Millionen. Auf der Passivseite erscheinen neben einem unveränderten Aktienkapital von 2 Millionen u. a. Bankschulden in Höhe von 21,6 (0) Millionen, Kreditoren 177,6 (3) und Aktienverbindlichkeiten 95,2 (0) Millionen.

— Papierverwertungs-L. G. in Chemnitz. Der Vorstand der Gesellschaft gibt bekannt, daß die von dem früheren Vorstand vom 23. April einberufene a. G. G.-B. nicht stattfindet.

— New York-Hamburger Gummi-Waren-Gesellschaft, L. G. in Hamburg. Die Tagesordnung ist zum 25. April einberufenen a. G. G.-B. enthält einen Antrag auf Einsetzung von 3 Aufsichtsratsmitgliedern zur Prüfung der Art der Abgabe von 3 Millionen Mark Reinertrag der durch Beschluß der G.-B. am 20. September 1922 geschlossenen Aktien.

— Bayerische Zellulosefabrik vorm. Albert Reber, L. G. in Nürnberg. Die G.-B. beschloß den Reingewinn mit 72 818 Millionen Mark vorzutragen. Neu in den Ausschlußrat gewählt wurde Pauler Wänzing. Die einlaufenden Aufträge seien befriedigend und der Betrieb gut beschäftigt.

— Holzindustrie Scheider Schames, L. G. in Kuppberg. Die a. G. G.-B. vom 10. Mai soll die Goldberöffnungsbilanz genehmigen und Beschluß fassen über Beschäftigung und Wiedereröffnung des Stammapitals sowie über Einhebung eines Kapitalerhöhungskontos. Außerdem soll ein Fusionsvertrag genehmigt werden.

— Continentale Alkali-L. G. in Hannover. Der Ausschlußrat beantragt, keine Dividende zu verteilen (l. B. 300 Proz.). Das Stammkapital soll zur Abtragung der Genossine um 12 Millionen erhöht werden.

— Chemische Werke Niederlahfen berufen eine a. G. G.-B. ein. Tagesordnung: Bericht über den Stand des Unternehmens, Beschlußfassung über dessen Ausgestaltung, Wahlen zum Vorstand und Ausschlußrat.

— In Chemnitz Fabrik Viller & Co., L. G. in Magdeburg. Die G.-B. beschloß, den Reingewinn von 422,2 Milliarden (l. B. ca. 3 Millionen) vorzutragen (l. B. 52 Proz. Div.).

— Dr. Gebrüder Dynamit-Fabrik L. G. in Dresden. Die G.-B. genehmigte den Abschluß und den Antrag der Verwaltung auf Aufhebung des mit der Dynamit-L. G. in Hamburg bestehenden Vertrages ab 1. Januar. Schließlich wurde noch beschlossen, die Firma in Liquidation treten zu lassen.

lassen. Aus den Ausführungen der Verwaltung ist zu entnehmen, daß sich auf Grund des Vertrages mit der Hamburger Gesellschaft für die Aktionäre nur ein Erlös von 33 800 Papiermark ergeben haben würde, was den Grund bildete, den Vertrag aufzuheben, und auf dem Wege der Liquidation zu verfahren, für die Aktionäre etwas herauszuholen.

— Werstätten für Optik und Maschinen, vorm. Berth & Neumann, L. G. in Jena. In der am 8. Mai stattfindenden a. G. G.-B. soll u. a. die Verlegung der Firma in „Kron-Werke“, Werstätten für Optik und Maschinen, vorm. Berth & Neumann, L. G. in Jena vorgenommen werden.

— Deutsche Glanzverlebung-L. G. in Jochen. In der am 2. Mai stattfindenden G.-B. soll u. a. über das Goldberöffnungsbilanz Beschluß gefaßt werden.

— F. H. Günther & Sohn, L. G. Die G.-B. genehmigte die Tagesordnung gemäß den Vorschlägen der Verwaltung und erklärte sich mit der Verteilung des Reingewinns von 248 238 Millionen Mark (l. B. 9,4 Millionen) einverstanden. Danach entfallen auf jede Aktie einschließlich Superdividende der Betrag von 6 Rentenmark (l. B. 100 Prozent). Der Rest wird mit 94 419 Millionen Mark auf neue Rechnung vorgetragen. Neu in den Ausschlußrat gewählt wurde Hauptmann a. D. Otto Wolga-Berlin. Die Ausschüßen über die Entwicklung des neuen Geschäftsjahres wurden von der Verwaltung auf Grund der ersten drei Monate als günstig bezeichnet. Es liegen umfangreiche Aufträge zu Goldmarkpreisen vor. Für die Goldberöffnungsbilanz sind noch keine Beschlüsse gefaßt worden, desgleichen über das Ausmaß der Zusammenlegung des Aktienkapitals. In Verwaltungstreifen rechnet man mit einer Zusammenlegung von etwa 5:1. Das Aktienkapital beträgt gegenwärtig 20 Millionen Mark.

— In der G.-B. beschloß, den Reingewinn auf neue Rechnung vorzutragen. In den Ausschlußrat wurden gewählt Paul Dröge, Kaufmann Ernst Hilbert, Kaufmann Alfred Jenz und Direktor Otto Knabe, sämtlich in Magdeburg. Der Name der Firma wurde in „Herbi-L. G., Zigarettenfabrik, geändert. Das Unternehmen hat sich nach Mitteilung der Verwaltung gut entwickelt.

— Konkurs einer Leipziger Malzfabrik. Ueber die Malzfabrik Ernst Drechsler in Leipzig wurde Konkurs erklärt.

— Seefahrt Aktiefabrik, L. G. in Mannheim. Die am 2. Mai stattfindende a. G. G.-B. soll u. a. Beschluß fassen über Umstellung des Aktienkapitals auf Goldmark im Verhältnis 10:1 auf einen 200 000 Goldmark. Beauftragt ist ferner die Übernahme der Riecke & Vogel-L. G. in Albstadt im Wege der Fusion durch Abgabe von je 100 Goldmark Seefahrt-Aktien gegen 10 000 Papiermark Riecke & Vogel-Aktien. Außerdem enthält die Tagesordnung Anträge auf Erhöhung des Stammapitals um 300 000 Goldmark und weitere Erhöhung um 100 000 auf 500 000 Goldmark. (Die neuen Aktien a. 100 Mark.) — Die Riecke & Vogel-L. G. in Albstadt beantragt Umstellung des Stammapitals auf 300 000 Goldmark und Fusion mit der Seefahrt Aktiefabrik-L. G. in Mannheim.

Wirtschaft des Auslandes

Polen

— Polnische Emissionen und Großindustrie. Die erste G.-B. der Polnischen Emissionsbank nahm einen besorgten Verlauf. Schon vor der Verlesung war es bekannt geworden, daß die Großindustriellen, die der sogenannten Organisation Lechistan angehören, von der Regierung dem von dem Organisationskomitee der Emissionsbank gewisse Änderungen der Kandidatenliste der Ausschüßen der Emissionsbank forderten. Es handelt sich vornehmlich um Herrn Mielski, der als persönlicher Freund und Vertreter der Präsidenten der Bank, Grabki, gilt. Die Industriellen forderten, daß Mielski von der Ausschüßenliste gestrichen werde. Grabki lehnte diese Forderung ab. In der G.-B. sagte aber die Kandidatenliste der Organisation Lechistan. Präsident Grabki begab sich nach der G.-B. zum Präsidenten der Republik, um, wie es heißt, gegen die Wahl zu protestieren. Dieses Recht steht ihm statutenmäßig zu.

Oesterreich

Zwischen den österreichischen Eisenwerken wurde ein Abkommen getroffen, das sich als ein stabiles und wasserfestes darstellt. Diefem Kartell gehören sämtliche österreichischen Eisenbetriebe ausgenommen an, ohne daß ein gemeinsames Verkaufsbüro geschaffen wurde. Das Kartell hat bis jetzt keine direkten Verhandlungen mit den tschechoslowakischen Werken getroffen. Das Bindeglied zwischen dem österreichischen Eisenkartell und den tschechoslowakischen Werken wird die Oesterreichisch-Ölpinne Montanengesellschaft sein. Die Eisenwerke werden ab Mai um 125 Kronen per Tonne erhöht werden.

Die Danubius-Textil-L. G. an der englischen Kapital beteiligt ist, weiß einen Verlust von 200 000 Kronen auf. Die österreichische Finanzverwaltung und die tschechische Presse propagiert eine Abgrenzung zwischen Oesterreich und Ungarn. Dieser Vorstoß findet in Budapest lebhaften Anklang.

S.-H.-E.-Staat

Ein französisch-ungarisches Konventionen enthält in London eine Pariserf.

Rumänien

Das gesamte Rumänienkapital der Banken ist von 711 Millionen im Jahre 1923 auf 696 Millionen bei im Jahre 1922 gesunken.

Sibirien

Ein deutsches Rostan-Konventionen erhielt eine Konzession zur Ausbeutung von Kupfer nördlich von Valona.

Spanien

Große Betriebe der Leder- und Textilindustrie haben ihre Produktion teilweise stark eingeschränkt, teilweise gänzlich stillgelegt.

Schweden

Die Sanierungsplan der Industriellen der Wolge zu regulieren. In diesem Zweck werden alle über die Wolge geführten Netto-Gewinne mit einer Abgabe belegt werden, die der Reformfond von 600 000 Goldmark erreicht ist.

Schweiz

— Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft Helvetia in St. Gallen. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, der am 29. d. M. stattfindenden G.-B. für 1923 die Verteilung einer Dividende von 250

Franken für die alte Wäse und von 125 Franken für die Wäse...

Die Rentenbank hat im April 5,5 Prozent Dividende...

Die Belgischen Banken und Sparkassen haben über...

Die Dänischen Banken der Wäse-Aktion hat...

Die Deutsche Kreditanstalt wurde mit...

In Mexiko hat die Wäse eine moderne...

Die italienische Wäse-Monopol-Verwaltung...

Die Wäse in Spanien wird heute...

Das von der Deutsch-amerikanischen...

In der Wäse der Wäse-Gesellschaft...

Geschäftsstille im Effektenverkehr

Berlin, 17. April. In der heutigen Börse herrschte außerordentlich...

Auf dem Geldmarkt wachte sich infolge...

Auf dem Rentenmarkenmarkt...

Auslandswerte...

720 000 St. St. nur um 60 000 St. St. höher...

Amerikanische und japanische...

Die französische Verwaltung...

Die 56 amerikanischen Eisenbahnen...

Die Wäse in Chile...

Die Wäse in Marokko...

Die Wäse in Mexiko...

Die Wäse in Spanien...

Die Wäse in England...

Literatur

Die Wäse in der Literatur...

Die Wäse in der Literatur...

Die Wäse in der Literatur...

Die Wäse in der Literatur...

Die Wäse in der Literatur...

Die Wäse in der Literatur...

Die Wäse in der Literatur...

Die Wäse in der Literatur...

Die Wäse in der Literatur...

Die Wäse in der Literatur...

Die Wäse in der Literatur...

Table with 4 columns: Name, Rate, Name, Rate. Includes entries like Halle, 17. April.

Table with 4 columns: Name, Rate, Name, Rate. Includes entries like Halle, 17. April.

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Die Wäse in der Halle...

Table with 4 columns: Name, Rate, Name, Rate. Includes entries like München, 17. April.

Table with 4 columns: Name, Rate, Name, Rate. Includes entries like München, 17. April.

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Die Wäse in München...

Devisen und Noten

Table titled 'Berliner Devisen: Amtlicher Kurs am 17. April 1924.' with columns for location and rate.

Table titled 'Berliner Banknoten: Amtlicher Kurs am 17. April 1924.' with columns for bank and rate.

Die Wäse in der Devisen...

Die Wäse in der Devisen...

Die Wäse in der Devisen...

Die Wäse in der Devisen...

Die Wäse in der Devisen...

Die Wäse in der Devisen...

Die Wäse in der Devisen...

Die Wäse in der Devisen...

Die Wäse in der Devisen...

Die Wäse in der Devisen...

Die Wäse in der Devisen...

Die Wäse in der Devisen...

Die Wäse in der Devisen...

Leipziger Börse vom 17. April

Table with columns for 'Festverzinsliche Papiere in Milliarden', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'. It lists various securities and their values.

Leipziger Freiverkehr

Table with columns for 'Kohlen-Aktien' and 'Allerlei in Billionen'. It lists coal stocks and other miscellaneous securities.

Am 17. April notierten etwa:

Table listing various international and domestic securities with their respective prices and exchange rates.

Berliner Börse vom 17. April

Table with columns for 'Deutsche festverzinsl. Werte in Milliarden', 'Ausländische festverz. Pap.', and 'Verschiedene Industrie-Aktien'. It lists Berlin market data.

Deutsche festverzinsl. Werte in Milliarden

Table listing German fixed interest securities in billions, including government bonds and municipal securities.

Ausländische festverz. Pap.

Table listing foreign fixed interest securities, including bonds from other countries.

Verschiedene Industrie-Aktien

Table listing various industrial stocks from different sectors.

Von hier ab alles in Billionen

Table listing securities from this point onwards in billions, including various stocks and bonds.

Nach Sachwert verschiedenen Schuldverschreibungen

Table listing securities based on their underlying assets, such as mortgages and land charges.

Deutsche Eisenbahn- u. Pr.-Aktien

Table listing German railway and public utility stocks.

Ausländische Eisenbahn-Aktien

Table listing foreign railway stocks.

Schiffahrts-Aktien

Table listing shipping stocks.

Dresdner Börse vom 17. April

Table listing Dresden market data, including various securities and their prices.

Chemnitz, 17. April

Table listing Chemnitz market data, including various securities and their prices.

Frankfurt a. M., 17. April

Table listing Frankfurt market data, including various securities and their prices.

Hannover, 17. April

Table listing Hannover market data, including various securities and their prices.

Nachtrag

(Zu einem Teil der Auflage wiederholt)

Die deutsche Antwortnote

Paris, 16. April. (Eig. Tel.) Die deutsche Note über die Sachverständigenberichte ist der Reparationskommission heute nachmittag überreicht worden. Die Reparationskommission wird voraussichtlich morgen eine Sitzung abhalten, um die deutsche Note zu prüfen.

Die deutsche Note hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der Note der Reparationskommission vom 11. April über das von den Sachverständigen erhaltene Gutachten zu bestätigen. Auch die deutsche Regierung sieht in diesem Gutachten eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems. Sie ist darum auch bereit, ihre Mitarbeit bei den Plänen der Sachverständigen zuzusichern.

Änderung des Gutachtens?

Paris, 16. April. Jones meldet, die Reparationskommission, die morgen vormittag eine offizielle Sitzung abhalten wird, um sich mit verschiedenen Fragen und besonders mit dem Programm der von Deutschland im Monat Mai auszuführenden Kohlenlieferungen auf Reparationskonto zu beschäftigen, wird im Laufe dieser Sitzung offiziell von der deutschen Antwort betriffs der Sachverständigenberichte Kenntnis nehmen.

Es ist wahrscheinlich, daß die Kommission diese Antwort als befriedigend betrachtet wird. Wenn die Reparationskommission den allerletzten Bericht der Sachverständigenberichte in Kürze offiziell übergeben, damit sie so in den Stand gesetzt werden, die Fragen zu prüfen, die sie ausdrücklich angehen, wie die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

Die Reparationskommission wird ihrerseits diese Dokumente im einzelnen zu prüfen und die Änderungen vorzunehmen haben, die sie für notwendig erachtet, bevor sie eine endgültige Entscheidung trifft.

Poincarés große Rede

Paris, 16. April. (Eig. Tel.) Die gestrige Rede Poincarés wird von den Blättern in großer Aufmerksamkeit wiedergegeben und als die wichtigste politische Rede seit der französischen Ministerpräsidenten in der letzten Zeit gemeldet. Da sie sich mit der Erneuerung der Währungsverträge sowie mit der Annahme der Sachverständigenberichte als Grundlage für eine weitere Aussprache zusammenfaßt, gleichzeitig aber auch mit dem ganzen Komplex der Wirtschaft betreffenden Fragen in Zusammenhang steht, wird sie in den Zeitungsartikeln aller Blätter gemeinschaftlich mit diesen Ereignissen gemeldet.

Die „Journé Industrielle“ erklärt, die Erneuerung der Währungsverträge sei eines der glücklichsten Ereignisse. Sie sichere der Politik Poincarés ein neues Prestige gegenüber dem Ausland, so wie gegenüber der französischen Öffentlichkeit und sie erpore der internationalen Diplomatie eine Krise, die aus dem Sachverständigenbericht entstandenen Hoffnungen hätte gefährden können. Sie zeige auch bei den leitenden Persönlichkeiten Deutschlands eine gewisse Neigung zu allerdings vielleicht nur vorläufig verständlichen Berechnungen, eine Tendenz, die anscheinend auch durch die Antwort der Berliner Regierung bestätigt werde. Auch „Libre Parole“ ist mit der Haltung der französischen Regierung einverstanden.

Die übrigen Blätter stellen mehr die Rede Poincarés selber in den Vordergrund ihrer Betrachtungen. Der nationalistiche „Ceclaire“ findet die Rede, die Poincaré seiner Rede gegeben habe, „sehr optimistisch und weist darauf hin, daß die englische Presse erkennen ließe, daß man in England die Sachverständigenberichte nicht ebenso auszulagen scheine, wie Poincaré dies tue. Der Leitartikel des „Gaulois“ warnt vor übertriebenem Optimismus und rät den internationalen Regierungen, sich über die Weiterbehandlung der Dinge in möglicher Eile zu verständigen.

In der Presse der Völker werden die üblichen Kritiken laut. Die „Ere Nouvelle“ glaubt aus den Ausführungen Poincarés eine gewisse Unsicherheit herauslesen zu können. Der Ministerpräsident, schreibt das Blatt, scheint in der Antwort nicht mehr die dialektische Haltung einzunehmen, die ihm im Inlande so viel Bewunderung und im Ausland so viel Feindschaft gebracht hat. „Deuxième“ drückt Zweifel darüber aus, daß tatsächlich ein neues Element in die Politik Poincarés gekommen sei. Es scheint, schreibt das Blatt, daß Poincaré in dem Sachverständigenbericht vor allem ein Mittel zum Zweck und einen Vorwand für Verteidigungsreden gefunden hat. Und das wäre ernst.

Paris, 16. April. (Eig. Tel.) Die gestrige Rede Poincarés wird in französischen politischen Kreisen lebhaft besprochen, nicht etwa wegen der Erklärungen über die auswärtige Politik, welche nach der hier herrschenden Auffassung nichts Neues enthalten, sondern wegen der innerpolitischen Bedeutung der gestrigen Rede umgeben des Ministerpräsidenten.

Es ist bezeichnend, daß die Rede Poincarés in den Kreisen des rechtsrepublikanisch-nationalen Blokes und in den Kreisen der äußersten Linken gleich scharf kritisiert wird. Die Erbitterung in diesen entgegengesetzten Lagern zeigt sich dadurch, daß Poincaré mit hervorragendem Geschick fortfährt, dem nationalen Bloke und der alten Linken das Wasser abzugraben, um dem in der Jannaripartei organisierten Bloke der Mitte, der sich hauptsächlich auf das linke Zentrum stützt, den Wähler zu sichern.

Mit welchem Erfolg Poincaré bereits in diesem Sinne vorgeht, hat, trotz der gestrigen Veranstaltung der Jannaripartei darin in Erscheinung, daß neben Poincaré der bisher dem nationalen Bloke zugerechnete Minister Justizminister Desjardins du Pratz, der heute von der republikanischen Action

Française wegen angeblich verdächtiger Haltung scharf angegriffen wurde, und Vertreter der neuen zentrumfreundlichen Linken, wie der Unterrichtsminister de Jouvenel, zur Teilnahme an der Rundgebung erschienen waren. Diese Eröffnung des Wahlkampfes durch Poincaré bestätigt also die bei der letzten Kabinetsbildung laut gewordene Vermutung, daß der Ministerpräsident seine Niederlage in der Kammer benutzt hat, um seine Stellung fester zu gestalten als je jemals war, und seine Gegner in der republikanischen Fraktion und von der alten Linken aller Voraussicht nach entscheidend zu schlagen.

Abrüstungsfragen

London, 16. April. (Eig. Tel.) Im Unterhaus gab Ministerpräsident Ramsay MacDonald heute auf eine Anfrage eine Erklärung über die Abrüstung. MacDonald erklärte, die Abrüstung biete die einzige Sicherheit für Frankreich und alle anderen Mächte. Es soll eine Konferenz einberufen werden, um die Richtlinien der Abrüstung festzulegen, wenn der Ministerpräsident die Überzeugung haben würde, daß die anderen Mächte mit einer solchen Konferenz einverstanden sind.

Die Konferenz soll dann einen ähnlichen Charakter haben, wie die feinerzeitige Abrüstungskonferenz.

Macdonald gegen Lloyd George

London, 17. April. Macdonald erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter des Arbeiterblattes „New Leader“, in der auswärtigen Politik sei er weiterhin unerschütterlich, er sei jedoch nicht die überoptimistische Persönlichkeit, als die ihn einige Zeitungen darstellten. Er wolle nicht eine sofortige und umfassende europäische Regelung vorsehen. Alles, was er erklären könne, sei, daß die Bedingungen für eine derartige Regelung sehr besser seien, als sie waren und daß die Übernahme der Regierung durch die Arbeiterpartei einen tiefen Einfluss zum Guten gehabt habe. Auf der anderen Seite sei der Einfluss der Unheißkammer weiterhin beherrschend groß. Die Rede, die Lloyd George kürzlich im Unterhaus gehalten habe, hätten die guten Beziehungen mit Frankreich ernstlich behindern können. Glücklicherweise habe Frankreich gewußt, daß diese Rede einfach ein Partisanenangriff auf die Regierung war, und daß diese Rede nicht die britische Politik in der einen oder anderen Richtung beeinflussen werde. Es habe keinen Zweck, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß, wenn die Außenpolitik der Regierung fehlerhaft sei, die Rüstungen wieder beginnen würden. Es würde eine Reorganisation der Mächte geben, in der England und Deutschland keine unbeträchtliche Rolle spielen würden. Schließlich werde es zu einem neuen Weltkriege kommen.

London, 16. April. (Eig. Tel.) Die Intervention der größten Londoner Banken in der englisch-russischen Konferenz hat bereits zu einer großen Empfindlichkeit der russischen Delegation Veranlassung gegeben. Während der gestrigen Sitzung im Londoner Auswärtigen Amt wurde das Memorandum der Banken lebhaft erörtert und die Rufen haben ihre Gefühle nicht verborgen.

Das Memorandum hat auf der russischen Seite Mißstimmung und auf der englischen Seite Verwirrung hervorgerufen. Mac Kenna und andere Unterzeichner des Manifestes sind die Vertreter der wichtigsten finanziellen Gruppen, welche entscheidenden Einfluss auf alle Kreditfragen haben. Die Rufen sind verstimmt, weil das Memorandum einen Widerspruch enthält, der die Wiederherstellung der privaten Freiheit der Handels- und Bankgeschäfte in Russland fordert. Diese Klausel ist nach russischer Meinung eine Einschränkung in russische innere Angelegenheiten und daher eine Verletzung der Richtlinien, die in Ramsay MacDonalds Rede niedergelegt wurden. Die britische Regierung scheint nicht geneigt zu sein, den Richtlinien zu folgen, die von den Banken angegeben sind.

Die gestrige Sitzung war der Diskussion und der Vorbereitung von wichtigen politischen Fragen gewidmet, deren wichtigste das Manifest der Banken ist, da es bedeutende politische Fragen enthält, die mit der inneren Lage und der Regierung Russlands verknüpft sind.

Politischer Attentatsversuch

Weimar, 16. April. (Eig. Tel.) In der vergangenen Nacht ist aus einem Dienstzimmer des Thüringischen Ministeriums des Innern im Richtenhaus das Attentatsversuch des Oberreichsanwalts geschehen worden, auf Grund dessen beim Landtag von Thüringen die Erlaubnis zur Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten Dr. Kubauer beantragt und in der gestrigen Sitzung beschlossen worden ist. Einzelheiten dieses Vorfalls, der hier großes Aufsehen erregt, sind zur Stunde noch nicht bekannt.

Der Süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in Leipzig wird Mitte Mai für mehrere Tage in Stuttgart zusammenzutreten, um mehrere vor dem Staatsgerichtshof anhängige Strafverfahren wegen separatistischer Umtriebe in der bayerischen Pfalz zu verhandeln.

Das Datum der Reichstagswahl

Berlin, 16. April. (Eig. Tel.) Der Termin für die Reichstagswahlen ist nach den gestrigen Besprechungen des Reichsrats mit den Parteiführern endgültig auf den 4. Mai festgesetzt worden.

Damit erledigt sich die von „Havos“ ausgestreute Behauptung, daß die Reichstagswahlen um eine Woche, also gleichzeitig mit dem französischen auf den 11. Mai, verlegt werden sollten. In der Tat hatte sich die Reichsregierung mit Verlegenheitsentscheidungen getragen, die aber an dem Widerstand der Parteien gescheitert sind.

Berlin, 17. April. Amtlich wird mitgeteilt: Die Frist zur Einreichung der Reichswahlvorschläge beim

Reichswahlleiter läuft Sonntag, den 20. April, ab. Das Büro des Reichswahlleiters, Berlin W 10, Dönhofsplatz 8, ist an diesem Tage bis 12 Uhr nachts geöffnet.

Wahlfragen im besetzten Gebiet

Düsseldorf, 16. April. Zwischen Vertretern der deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden fand dieser Tage eine Aussprache über die Wahlangelegenheiten statt, in der von französischer Seite erklärt wurde, die Besatzungsbehörden verständen alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die im besetzten Gebiet im Gegensatz zum unbesetzten Gebiet für die Wahlen entstehen könnten.

Es wurde auf die in dieser Hinsicht bereits ergangenen Ordonnancen verwiesen, nach denen die Wahllokale und Wahlredner zur Einreise aus dem unbesetzten ins besetzte Gebiet unbedenklich eine Genehmigung erhalten können, und betont, daß dies auch für Ausgewiesene zutrefte. Bedinglich bezüglich der Minister machte die Besatzungsbehörde Vorbehalte.

Auch für die Wahlbezirke, deren Gebiete teils im besetzten, teils im unbesetzten Gebiet liegen, also für die Bezirke Düsseldorf-Ost, Westfalen-Süd und Westfalen-Nord stellte die Besatzungsbehörde weitestgehendes Entgegenkommen in Aussicht. Ebenso wurde angefragt, daß alle Wahlredner ohne weiteres ohne Schwierigkeiten durch die unteren Beamten aus dem unbesetzten ins besetzte Gebiet zugelassen sind.

Auf die Frage, inwiefern sich die Besatzungsbehörde in die Wahlpropaganda einmischen werde, deren außenpolitische Ziele denen der französischen Politik zu widerlaufen, wurde geantwortet, daß alle Veröffentlichungen gestattet seien, die sich an die Formen internationaler Öffentlichkeit hielten und sich nicht gegen die Sicherheit der internationalen Besatzungstruppen richteten.

Polizeibeamte und Hilfspolizei

Tredden, 16. April. (Eig. Tel.) Der Verband sächsischer Polizeibeamten hielt gestern eine Versammlung ab, die außerordentlich hart befaßt war. Der Verbandstreiter Hanisch referierte über „Die Hilfspolizei und der Verband sächsischer Polizeibeamten“.

Er legte die Gründe dar, die den Verband zu seiner Haltung in der Frage der Hilfspolizei veranlaßt hätten. Der Hittlerprozeß habe gezeigt, daß eine rein militärisch organisierte Polizei für den Staat eine Gefahr bedeute. Ganz anders verhalte es sich mit einer beamteten Polizei. Der Verband habe sich eingesetzt, daß die Angehörigen der Grünen Polizei Staatsbeamte sein sollten. Die von der Landespolizei zu leistenden Aufgaben seien so umfangreich, daß der Verband die Besetzung der sächsischen Poststellen bei der Landespolizei habe fordern müssen, denn die Hilfspolizei sei gar nicht als dauernde Einrichtung gedacht.

Auf eine Anfrage des Verbandes habe der Innenminister Müller geantwortet, daß feinerzeit bei der Errichtung der Hilfspolizei wegen ihrer Übernahme auf den Staat von der sächsischen Regierung Aufgaben weder gemacht noch verlangt worden seien. Tatsächlich habe man nun aber Richtlinien für die Übernahme vorgelegt, die weit über den Rahmen dessen hinausgingen, was feinerzeit der Beamtenschaft der Landespolizei versprochen worden sei. Da für einen großen Teil der Landespolizei aber ein Verbot der Verberufung erübrigt, muß ein erhebliches Verbot der Beamten der Hilfspolizei übernommen werden können.

Die Behandlung der Amtsenthebungen habe zu lebhaften Klagen geführt. Der Verband habe es als seine Pflicht angesehen, dafür zu sorgen, daß die Amtsenthebungen zu ihrem Rechte kämen. Nach kurzer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen.

Raffabi-Brünn-BfB-Leipzig

2:0 (0:0)

Der Leipziger Fußball-Verband erwiderte seine Anhänger in diesem ersten Kampf seines hervorragenden internationalen Osterprogramms durch ausgezeichnete Leistungen. Bis zum Wechsel nämlich waren die WFFer ihrem Gast mit dem berühmten Namen nicht nur ebenbürtig, sondern sogar überlegen. Leider gelang den blau-weißen Sturmern keine der sicheren Torgelassenheiten. Nach der Pause kamen die Brünnler mehr und mehr auf und stellten durch zwei schöne Erfolge ihres Halbdrehten und Halblinken den nicht ganz verdienten Schlußstand 2:0 her. Ebd. Fleißer hat der einen und Dajos, Spomondi, Hirzer und Weich auf der anderen Seite waren die Helden des Tages.

Rennen zu Strausberg

16. April.

1. N.: 1. Hermanns Oro (H. Hartmann), 2. Sandriker (H. Regel), 3. Zurlpaß (Schimma). Berner: Zerbi Quante. Toto: 30; 16, 12. RR: 37; 14, 11.
2. N.: 1. Stampers Genua II (H. Hartmann), 2. Wetterheide (Berbert), 3. Wobena (H. Hartmann). Berner: Follat. Toto: 30; 16, 12. RR: 27; 14, 11.
3. N.: 1. B. E. Kellers Gieshäger (Cito Wäcker), 2. Adenau (Berbert), 3. Reichenfeld (Berbert). Berner: Kreuz Wad, Spitz, Carstins, Wilmanns, Riederwald. Toto: 31; 21, 19. RR: 35; 19, 46, 17.
4. N.: 1. H. Genshilds Witte (H. Adler), 2. Varta (Witt). Toto: 11. RR: 10.
5. N.: 1. H. Adenau (H. Adler), 2. Grotz (H. Adler), 3. Grotz (H. Adler). Berner: Krotz, Adler, Wäcker. Toto: 110; 56, 47. RR: 99; 50, 42.
6. N.: 1. H. E. Sobelitz (H. Adler), 2. Sobelitz (H. Adler), 3. Sobelitz (H. Adler). Berner: Witten. Toto: 22; 11, 10. RR: 30; 10, 10.
7. N.: 1. C. Gammert (H. Adler), 2. Gammert (H. Adler), 3. Gammert (H. Adler). Berner: Gammert. Toto: 13; 10, 10. RR: 12, 10.

Rennen zu Raifons-Laffitte

16. April.

1. N.: 1. Grotz (H. Adler), 2. Sobelitz (H. Adler), 3. Sobelitz (H. Adler). Berner: Grotz, Adler, Wäcker. Toto: 13; 10, 10. RR: 12, 10.
2. N.: 1. Grotz (H. Adler), 2. Sobelitz (H. Adler), 3. Sobelitz (H. Adler). Berner: Grotz, Adler, Wäcker. Toto: 13; 10, 10. RR: 12, 10.
3. N.: 1. Grotz (H. Adler), 2. Sobelitz (H. Adler), 3. Sobelitz (H. Adler). Berner: Grotz, Adler, Wäcker. Toto: 13; 10, 10. RR: 12, 10.
4. N.: 1. Grotz (H. Adler), 2. Sobelitz (H. Adler), 3. Sobelitz (H. Adler). Berner: Grotz, Adler, Wäcker. Toto: 13; 10, 10. RR: 12, 10.
5. N.: 1. Grotz (H. Adler), 2. Sobelitz (H. Adler), 3. Sobelitz (H. Adler). Berner: Grotz, Adler, Wäcker. Toto: 13; 10, 10. RR: 12, 10.
6. N.: 1. Grotz (H. Adler), 2. Sobelitz (H. Adler), 3. Sobelitz (H. Adler). Berner: Grotz, Adler, Wäcker. Toto: 13; 10, 10. RR: 12, 10.
7. N.: 1. Grotz (H. Adler), 2. Sobelitz (H. Adler), 3. Sobelitz (H. Adler). Berner: Grotz, Adler, Wäcker. Toto: 13; 10, 10. RR: 12, 10.

London, 16. April. (Eig. Tel.) Die deutsche Note über die Sachverständigenberichte ist der Reparationskommission heute nachmittag überreicht worden. Die Reparationskommission wird voraussichtlich morgen eine Sitzung abhalten, um die deutsche Note zu prüfen.

Englische Warenmärkte

vom 16. April

London Gummi 1,0%, London Zucker 28,7%, Glasgow Eisen 4,15/16.

Liverpool, 16. April. Baumwolle. Umsatz 7000, Import 6200 Ballen. Tendenz: kaum stetig. Amerik. früh mittling lots 18,00, per April 17,90, Mai 17,80, Juni 17,60, Juli 17,07, August 16,21, Amerikaner und Brasilianer 8 Punkte höher. — Ägypter: Mai 21,10, Juni 20,00, Okt. 19,25.
Londoner Devisen vom 16. April: Poincaré 19,12, La Plata lots (Hull) 17,97, per April-Mai 17,60, per Mai-Juni 17,50, Kapsel-Tendenz ruhig, da Korin 17,75 Br., Arabi raff. lots 50,50, zah lots 47,50, Hull extraded 55, Poincaré lots 37,50, per Mai-August 36,37, per Sept.-Dez. 36, Tendenz behauptet.

Amerikanischer Warenmarkt

Sonderkabel

* Chicago, 16. April.

Korn: Eröffnung mit Haufe, infolge Abnahme der Bestände. Logsbücher steigen die Preise weiter, auf Käufe der Kommissionen für Rechnung des Südwestens, unglücklichen Ernteberechnungen, Rückläufen der Baiflurs und im Einklang mit dem Weltmarkt. Später führten teilweise Realisationen zu einem Preisrückgang. Schluß behauptet.
Wais: Eröffnung schwach, Logsbücher fest, auf geringe inländische Zufuhren, lebhaft Nachfrage am Kassamarkt, unglücklichen Wetterberichten, Rückläufen der Baiflurs und Unterstützung des Auslandes. Schluß fest.

* New York, 16. April.

Baumwolle: Eröffnung unregelmäßig. Im Laufe des Tages besiegten sich die Notierungen auf Käufe der mit New Orleans in Verbindung stehenden Häuser und unglücklichen Wetterberichten. Später trat ein Preisrückgang ein, hervorgerufen durch schwächere Kabel. Am Nachmittag erholten sich die Notierungen auf Deckungsstufen und Rückläufen, sanken aber erneut unter dem Einfluss von Verkäufen. Schluß fest.

Table with exchange rates for various locations like New York, London, etc.

Table with exchange rates for various locations like New York, London, etc.

Table with exchange rates for various locations like New York, London, etc.

Table with exchange rates for various locations like New York, London, etc.

Table with exchange rates for various locations like New York, London, etc.

Table with exchange rates for various locations like New York, London, etc.

* Bremen, 16. April. Wertpapierbörse: Norddeutscher Lloyd 8,85, Nordsee 10,4, Nordwolle 28,20, Deutsche 37,50.

* Steigerung des Großhandelsindex. Die auf den 15. April, berechnete Großhandelsindex der statistischen Reichsanstalt ergibt gegenüber dem Stande vom 8. April (122,8) eine Steigerung um 1,5 Proz. auf 124,1. Von den Hauptgruppen sind in der gleichen Zeit gestiegen die Lebensmittel um 10,7 auf 108,4 oder um 1,6 v. H., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 80,7 auf 91,1 oder um 1,6 Proz., die Industriestoffe um 140,7 auf 151,4 oder um 1,1 v. H.; davon die Gruppe Rohlen und Eisen um 139,1 auf 141,8 oder um 1,9 v. H., ferner die Inlandwaren um 100,9 auf 112,0 oder um 1,9 v. H., während die Einfuhrwaren bei den steigenden Preisen der Textilien und den sinkenden Weltmarktpreisen mit 104,4 (Vorwoche 104,6) nahezu unverändert geblieben sind.

* Die Leipziger Kaufmannsfirmen Max Belmonte unter Geschäftsausschluss. Infolge der gegenwärtigen Kreditklemme ist die Leipziger Kaufmannsfirmen Max Belmonte in Zahlungsschwierigkeiten geraten, sie mußte deshalb die Stellung unter Geschäftsausschluss beantragen. Die augenblickliche Verlegenheit soll durch zurückzuführen sein, daß im Besitz der Firma befindliche Kundenwechsel nicht liquidiert werden konnten. Da die Aktien der Verbländlichen übergeben sollen, wird eine Beteiligung der Gläubiger nicht beabsichtigt.

Direkt aus der Fabrik
Keine Zwischenhandel!
Einen Posten
Coupé-Koffer
Größe 60 cm
unbegrenzte Haltbarkeit
nur **Mk. 5.50**

Leder-Koffer
(mit) **Mk. 17.50**
Auch echte Lederkoffer zu Fabrikpreisen!
Etagen-Geschäft
(keine teure Ladenmiete)
C. ZIEHLKE, Löhrrstr. 17.

Oster-Auto-Gesellschaftsfahrten
Abfahrt: 1. Osterfeiertag, 10:00 Uhr Augustusplatz. (Galt Rorlo)
Nach dem Thüringer Wald
Saalfeld (Feen-rotten) - Bad Schwarzburg
Nach dem Oetz
Ryffhäuser, Hölle Heimkehle u. Stollberg i./S.
Abfahrt: 11. Osterfeiertag 8 Uhr abends
Wahlheimstätten um Land und Wasser.
Verlangen Sie sofort Prospekt, 2. Aufl. mit Zeitpreis im
Auto-Reisebüro **C. Kurtz**, Straußburger Str. 24
Die Automobils sind offen und geschlossen zu benutzen, und bieten daher
Gebrauch für eine gesunde Fahrt. Die Aufsicht findet bei jedem Wetter statt

Leipziger Verlag
Nach dem neuesten Entwurf einen
schönen, leichten, mögl. aus
dem Leichtmetall. Dieser muß be-
stehen aus d. Aluminium-Verbindungen
anlässlich nach Angaben. Später ist
erhöhten Belastung Übung in Steno-
graphie und Schreibmaschine erforderlich.
D. Wollen ist ein in Italienischen
ebenfalls in Italien, wie angenehm u. leicht
Gebrauch, neuzeit. Proportionen
lernen. Es werden sich nur solche Herren
melben, d. eine leichte Heftung u. ein
Broschüre bei. Sie sind, erst am 23. 4. 1924
an d. Geschäftsst. d. Leipziger Tagesblattes,
Johannisstraße 8.

**Rebegewandte Herren
und Damen,**
auch Anbitter, überaus gelobt zum Ver-
trieb eines tüchtigen Gebrauchsgüter,
bei gutem Preis. Warenmutter und
Hilf. gegen Einleitung von - 70 Wert.
**Alfred Linke, Waisen i. B.,
Steggraben 19.**

**Spezialarzt. Geschlechts-,
Haut-, Frauenleiden, Naturgemäße,
Heilung d. Syphilis ohne Quech-
silber und Salvarsan.
Dr. med. Dammanno Heil-Anstalt,
Härtestraße 21, II. links.
Sprechst. 10-12, 3-6, Sonntags 11-12**

**Oster-
Geschenke**
in
**KRISTALL
KUNST- UND
LUXUS-PORZELLAN**
Ostereier gefüllt mit kleinen Lieber-
sardungen oder zum Selbstfüllen mit
Blumen und Geschenken

FAHLE
LEIPZIG
im Alten Rathaus

FAUN
Direktion: Walther Mertz
Umlauf 7 Uhr - Anfang 7,45 Uhr
Neues Repertoire
MARÚ
in überaus neuen
Frankfurter Opern-
szenen Tasse und Musik von
hervorragender Schönheit
Der herzerfrischende
KLAUENBERG
5 MENAROS 5
von Wintergarten Berlin und die
Original Attraktionen.
Eintritt: 1.-Mk.
Kein Weinzwang

Familien-Nachrichten

Ein treues Mutterherz hat aufgehört
zu schlagen.
Widrig und unerwartet starb infolge eines
Herzleidens Witwe nachmorgens, am 16. April,
infolge unglückl. über eines geliebten Mutter,
Zwillinge- und Geschwister
Frau Etel Jamschon
geb. Kurzentkowska.
Die Beerdigung findet heute Freitag 4:12 Uhr
am dem St. Friedhof statt.
Verleibende und Blutsverwandten dankend
abzusagen.
18. April 1924.
Die Hinterbliebenen.

Durch das gestern erfolgte Hinscheiden des Herrn
**Kommerzienrat
Hugo Keller**
in Leipzig
sind die Verwaltungsgänge unserer Gesellschaft in auf-
richtige Trauer versetzt worden. Der Genannte war
18 Jahre lang Mitglied unseres Aufsichtsrats, hat in
dieser Eigenschaft unserem Unternehmen durch sein viel-
seitiges Wissen die vorzüglichsten Dienste geleistet und
sich durch sein menschenfreundliches Wesen unsere innige
Freundschaft erworben. Wir werden dem Heimgegangenen
jederzeit eine ehrende und dankbare Erinnerung bewahren.
Schönwald (Oberfr.), den 16. April 1924
**Aufsichtsrat und Vorstand
der Porzellanfabrik Schönwald.**

Vertreter
Für Thüringen, Provinz u. Freistaat
Sachsen, suche einen erstkl., bei der
dortigen Kundschaft gut eingeführt.
Leopold Hamburger
Kleiderfabrik - Aachthalen.

**Büro-
Möbel**
für alle Zwecke.
Besuchen Sie bald
unser Lager!
Fortschritt
G. m. b. H.
Mehlhaus UNION
Richard-Wagner-Str. 11

Leipzig

Geburten:
Herrn Franz Gröbel und Frau Liesbeth geb. Gramß ein
Sohn, ...
Herrn Alfred Ohme und Frau Johanna geb. Koehler ein
Sohn, ...
Herrn Fritz Irmischer und Frau Grete ein Sohn, ...
Herrn Dipl.-Ing. Erich Prossel und Frau Elfriede geb.
Lampe eine Tochter, ...
Herrn Arthur Kirsten und Frau Hedwig geb. Nundel, Leip-
zig, eine Tochter.

Verlobungen:
Herr Hans Beckmann, L.-Connwitz, Prinz-Eugen-Str. 15,
verlobte sich mit Fräulein Sabine Wittmann, Leipzig,
Gohliser Straße 23, ...
Herr Stephan Steffi, Tirov (Bulgarien), verlobte sich
mit Fräulein Dorothea Auerbach, Leipzig, Kronprin-
zenstraße 79, ...
Herr Werner Schild, L.-Gohlis, Ehrensteinstr. 34, verlobte
sich mit Fräulein Suse Scheier, Glogau, ...
Herr Hermann Rathjen, Bremen, verlobte sich mit Fräu-
lein Leni Contard, Siegersleben, ...
Herr Erhard Neuberger verlobte sich mit Fräulein Herta
Straßberger, ...
Herr Kurt Saups, L.-Schl., Rochlitzstr. 37, verlobte sich
mit Fräulein Dora Herrmann, ...
Herr Armin von Bahren, Leipzig, Steinstr., verlobte sich
mit Fräulein Elsa Döge, Gautsch, Oetzscher Str. ...

Vermählungen:
Herr Ernst Uhlend vermählte sich mit Ruth
Wietochorka, ...

Todesfälle:
Im 27. Lebensjahre verschied Herr Otto Zschoch, Leipzig-
Stötteritz, Eichstädterstr. 12. Einäscherung findet Sonn-
abend 12 Uhr auf dem Südfriedhof statt, ...
Am 16. April starb Frau Marie Ehrlich geb. Klinker im
Alter von 31 Jahren. Die Beerdigung findet Sonnabend
11 1/2 Uhr auf dem Nordfriedhof statt, ...
72jährig starb Herr Gustav Richard Kreider, Kuchen-
gartenstraße 24. Die Beerdigung findet Sonnabend 10 Uhr
auf dem Johannisfriedhof statt, ...
Herr Carl Otto Döhner, Kochstr. 55, ist im Alter von
50 Jahren gestorben. Beerdigung Sonnabend 2 Uhr auf
dem Südfriedhof, ...
Im 74. Lebensjahre starb Herr Hermann Carl Lindner,
Einäscherung Sonnabend 1/2 12 Uhr im Krematorium
Dressau, ...
Herr Kommerzienrat Hugo Keller ist am 15. April ges-
torben. Die Beerdigung findet Sonnabend 1/2 11 Uhr auf
dem Südfriedhof statt, ...
Frau Marie Wiegand ist am 15. April gestorben. Die Be-
erdigung findet Sonnabend 1/2 10 Uhr auf dem Südfriedhof
statt, ...
Fräulein Marianne Stolle, Leipzig, Lößniger Str. 71, ist
am 10. April gestorben. Beerdigung Sonnabend 11 Uhr
auf dem Südfriedhof, ...
Am 11. April starb Frau Anna Mitschke geb. Brach-
witz, ...
Frau Charlotte verw. Parfmann, Leipzig, Sedanstr. 12,
ist verstorben, ...
Frau Auguste verw. Kriegerherdt geb. Göserich, Leutasch,
Kurze Str. 1, ist im 77. Lebensjahre gestorben. Beerdigung am
18. 4., nachm. 4 Uhr,
Am 15. April starb Fräulein Erika Eydt, Leipzig.
(Fortsetzung nächste Spalte.)

Annaberg

Verlobungen:
Herr Cand. rer. pol. Hans Rosenkranz, Annaberg, verlobte
sich mit Fräulein Trude Barth.
Herr Major a. D. Hans Spranger mit Fräulein Hertha
Steger, Annaberg - Dresden.

Todesfälle:
Frau Amalie verw. Polmer geb. Reißmann, Buchholz, ist
im 73. Lebensjahre verstorben. Beerdigung am 18. 4., mittags
1/2 12 Uhr.
84 Jahre alt verschied Frau Mathilde Uhlenbrauck geb.
Günther, Annaberg, am 16. April. Beerdigung am 19. 4.,
vorm. 10 Uhr.
Der Kaufmann Gustav Emil Cöbel, Annaberg, verstarb im
67. Lebensjahre. Beisetzung am 19. 4., nachm. 3 Uhr.
Im Alter von 45 Jahren starb der Zollsekretär Herr Isolin
Bernhard Lindner, Annaberg. Beerdigung am 18. 4., nach-
mittags 2 Uhr.

Borna

Todesfälle:
Frau Marie Selma Vetter, Handarbeitslehrerin, Eschfeld,
ist im 50. Lebensjahre gestorben. Beerdigung am 18. 4.,
nachm. 1 Uhr.
Am 15. April entschlief Frau Pauline verw. Kutzschebauch
geb. Bahndorf, Bergisdorf. Beerdigung am 18. 4., nach-
mittags 1/2 3 Uhr.

Chemnitz

Geburten:
Herrn Eugen Seidel und Frau Marta geb. Käppel, Chem-
nitz, Weststr. 10, zwei strammne Jungen.

Todesfälle:
Im 21. Lebensjahre verschied Herr Erich Weichner, Chem-
nitz, Jakobikirchplatz 1. Beerdigung am 17. 4., vorm. 1/2 11 Uhr.
Im 76. Lebensjahre starb der Privatmann Herr Moritz
Theodor Oertel, Einsiedel. Beerdigung am 18. 4., nach-
mittags 1 Uhr.
Frau Elise Anna Würsig geb. Hopf, Chemnitz-Käppel,
wurde in ihrem 59. Lebensjahre vom Tode ereilt. Beerdig-
ung am 19. 4., nachm. 2 Uhr, Nikolaikirchhof.

Döbeln

Todesfälle:
Frau Ernestine Menzel, Döbeln, ist im 69. Lebensjahre ver-
storben. Beerdigung am 18. 4., nachm. 1/2 4 Uhr.

Gera

Verlobungen:
Herr Richard Horn verlobte sich mit Fräulein Johanna
Elisabet Wehrds, Gera.
Herr Kurt Hillig mit Fräulein Lucie Hemmann, Gera -
Milbitz.
Herr Willy Wünsche mit Fräulein Fridl Fichtler, Gera.
Herr Hugo Förster mit Fräulein Alma Hilbert, Raitzhain.

Vermählungen:
Herr Dr. phil. Hans Richard Arnold vermählte sich mit
Fräulein Elfriede Dath, Gera.
Herr Wilhelm Seyfert mit Fräulein Lene Leube, Gera.
Herr Karl Arnold mit Fräulein Marie Schäfer, Gera.
(Fortsetzung nächste Spalte.)

Halle a. S.

Geburten:
Herrn Curt Hildebrand und Frau Friedel geb. Kühn,
Halle, ein Sohn, Hans Günther.

Todesfälle:
Herr Rechnungsrat Friedrich Lorenz, Halle, ist am 15. April
verschieden. Beerdigung am 19. 4., mittags 12 1/2 Uhr, auf
dem Südfriedhof.
Herr Friedrich Winterstein, Halle, ist gestorben. Beerdig-
ung am 18. 4., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Kröllwitzer
Straße 12, aus.

Meißen

Todesfälle:
Herr Amtsstraßenmeister a. D. Friedrich Schurig, Meißen,
ist am 15. April gestorben. Beerdigung am 18. 4., mittags
12 Uhr.

Merseburg

Todesfälle:
Herr Glasermeister Gustav Burgmann, Merseburg, starb
im 53. Lebensjahre.

Naumburg

Verlobungen:
Herr Leutnant Niehoff verlobte sich mit Fräulein Alexandra
von Hartmann, Naumburg - Brauen.

Vermählungen:
Herr Kurt Weineck vermählte sich mit Fräulein Hanachen
Weineck, Balgstädt - Golzen.

Todesfälle:
Herr Louis Gerhardt Meder, Großjena, starb im 76. Lebens-
jahre.

Plauen

Geburten:
Herrn Louis Müller und Frau, Plauen, eine Tochter.

Verlobungen:
Herr Dr. Johannes Müller verlobte sich mit Fräulein Ria
Schmidt, Plauen.

Todesfälle:
Herr Stickmaschinenbesitzer Franz Bernhard Thümmler,
Plauen, ist im 57. Lebensjahre gestorben. Beerdigung am
19. 4., vorm. 1/2 12 Uhr, Friedhof I.
Im 76. Lebensjahre verschied Herr Friedrich Gunold,
Plauen. Beerdigung 19. 4., vorm. 11 Uhr, Friedhof II.
Frau Alma verw. Mordhorst geb. Günther, Plauen, ist am
15. April verschieden. Einäscherung am 19. 4., nachmittags
1/2 3 Uhr.

Weißenfels

Todesfälle:
Im Alter von 49 Jahren verschied Frau Klara Kraft geb.
Hentschel, Weißenfels.

Zittau

Geburten:
Herrn Albert Mahn und Frau Edith geb. Noack, Zittau,
Sedanstr. 1, eine Tochter, Gertraude.
Herrn Ernst Köntzer und Frau Liesel geb. Bärtsch, Zittau,
Humboldtstr. 27, eine Tochter.
Zusammengestellt von anderen Blättern.

